

RAMONA KATRIN BUCHHOLZ

# Legenden der Gleich- berechtigung

Eine  
literatursoziologische Analyse  
zum ›Gleichstellungsvorsprung‹  
ostdeutscher Frauen

318-318

47/48

Frauenruheraum

Universitätsverlag  
WINTER  
Heidelberg



NEUE BREMER BEITRÄGE

In Verbindung mit  
LEIF LUDWIG ALBERTSEN  
GOTTHART FRÜHSORGE  
WOLFGANG GRIEP  
ROLF GRIMMINGER  
GERHARD SAUDER

Herausgegeben von  
HANS-WOLF JÄGER  
HEINZ-PETER PREUSSER  
GERT SAUTERMEISTER

19. Band





RAMONA KATRIN BUCHHOLZ

# Legenden der Gleichberechtigung

Eine literatursoziologische Analyse  
zum ›Gleichstellungsvorsprung‹  
ostdeutscher Frauen

Universitätsverlag  
WINTER  
Heidelberg

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie;  
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet  
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

UMSCHLAGBILD

© Ruth E. Westerwelle, Berlin

ISBN 978-3-8253-6366-6

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

© 2015 Universitätsverlag Winter Heidelberg GmbH  
Imprimé en Allemagne · Printed in Germany  
Druck: Memminger MedienCentrum, 87700 Memmingen  
Gedruckt auf umweltfreundlichem, chlorfrei gebleichtem  
und alterungsbeständigem Papier

Den Verlag erreichen Sie im Internet unter:  
[www.winter-verlag.de](http://www.winter-verlag.de)

Für Jonas



# Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	9
	Materialgrundlage und Gliederung der Arbeit .....	13
	Methodologische Fragen.....	18
2	Die ‚Zeitenwende‘ .....	21
	2.1 Transformationstheorien .....	28
	2.1.1 Das modernisierungstheoretische Paradigma .....	34
	2.1.2 Die Bedeutung der handelnden Akteure .....	40
	2.1.3 <i>In Zwischenzeiten</i> .....	47
	2.2 <i>Die Frauen von ORWO</i> .....	59
	2.2.1 Der Frauenbetrieb.....	65
	2.2.2 Die Versorgung mit Grundqualifikationen.....	76
	2.2.3 Zur Versorgung mit Kinderbetreuungseinrichtungen.....	82
	2.2.4 Parteimitgliedschaft und Stasigeschichten.....	87
	2.2.5 Wendegeschichten.....	100
3	Das ‚gelobte Land‘ der Emanzipation .....	111
	3.1 Öffentlichkeiten in der DDR.....	113
	3.1.1 Literarische Öffentlichkeit.....	116
	3.1.2 Wissenschaftliche Öffentlichkeit.....	119
	3.1.3 Lebensweltlicher Erfahrungshorizont und Selbstzensur.....	128
	3.2 Feminismus im Sozialismus.....	133
	3.2.1 Frauen-Bewegung in der DDR .....	134
	3.2.2 Feminismus als literarische Bewegung?.....	137
	3.2.3 ‚Frauenforschung‘ in der DDR.....	142
	3.2.4 ‚Frauenliteratur‘ und ‚Weibliches Schreiben‘ .....	149
	3.3 Bilder vom Alltag der ‚selbstverständlichen‘ Vereinbarkeit von Familie und Beruf.....	161
	3.3.1 Der Alltag als Tretmühle: Doris Paschillers <i>Die Würde</i> .....	168
	3.3.2 Der Zwang zum Funktionieren.....	179
	3.3.3 Der Alltag als Zwickmühle: Brigitte Martins <i>Nach Freude         anstehen</i> .....	186
	Die Partnerschaft .....	189
	Der Beruf.....	196
	Die Kinder .....	203
	3.3.4 Der Mythos von den Alleinerziehenden .....	214
	Der Topos von den ‚Siegerinnen der Geschichte‘ .....	221
	Das ‚gelobte Land‘ für Frauen – Exkurs zum Thema Abtreibung.....	227



4	Feminismus als selbstreferentielles System: Maxie Wanders <i>Guten Morgen, du Schöne</i> .....	233
4.1	Die Bedeutung des Vorwortes: Christa Wolfs <i>Berührung</i> .....	243
4.1.1	Mit dem „ganzen Körper begreifen“ – Fragen der Emanzipation .....	245
4.1.2	Schwesterlichkeit, Freundinnen und die Solidarität unter Frauen .....	257
4.2	Faktizität oder Literarizität? Änderungen der Textgestalt.....	263
4.2.1	Marx wird zum „Chef im Ring“ – Änderungen der Paratexte.....	269
4.2.2	„Der einfache Rollentausch“ – Rosi und Lena und die Veränderung der Reihenfolge.....	275
4.2.3	„Bei Goethe zu Gast“ – Julia und der bürgerliche Nimbus .....	282
4.2.4	Petra und der „Emanzipationstick“ .....	285
4.2.5	„Von Kernkraftwerken und Delphinen“ – Fragen der Political Correctness.....	287
4.3	Thematische Vielfalt und kontroverse Diskussionen .....	295
4.3.1	Brot statt Kaviar – Das Thema Erwerbstätigkeit .....	299
4.3.2	Das Thema Erziehung .....	310
4.3.3	Das Werk der Väter fortsetzen – Zur Dominanz des männlichen Vorbildes.....	316
4.4	„Außenseiterbündnisse“ – abweichende Themen .....	324
4.4.1	„Alles Materie, kein Platz für Gott!“ – Glaube, Religion und Marxismus.....	326
4.4.2	Sexualität, Homosexualität und Lesbianismus .....	329
4.4.3	Pille und Abtreibung.....	333
4.4.4	Suizid, Tod und Abschied .....	336
5	Resümee.....	341
6	Anhang – Vergleich der Original- mit der Lizenzausgabe von <i>Guten Morgen, du Schöne</i> .....	349
7	Siglen- und Literaturverzeichnis.....	421
7.1	Siglenverzeichnis .....	421
7.2	<i>Guten Morgen, du Schöne</i> sortiert nach Verlagen .....	421
7.2.1	Buchverlag Der Morgen .....	422
7.2.2	Aufbau Verlag .....	422
7.2.3	Luchterhand Literaturverlag .....	422
7.2.4	Deutscher Taschenbuch Verlag und Suhrkamp.....	422
7.3	Dokumentar- und Interviewliteratur .....	422
7.4	Belletristische Literatur .....	424
7.5	Forschungsliteratur .....	424

# 1 Einleitung

Kein Thema, welches das sozialisatorische Erbe der DDR berührt, scheint auf den ersten Blick so eindeutig, wie die Stellung der Frauen im Staatssozialismus. Die selbstverständliche Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit hat in Ost- und Westdeutschland das Bild von den emanzipierteren und selbstbewussten DDR-Frauen geprägt. Mehr noch, es kann davon ausgegangen werden, dass der Glaube an den emanzipatorischen Fortschritt in der DDR inzwischen Eingang in das gesamtdeutsche ‚kollektive Gedächtnis‘ (exemplarisch für den Begriff: A. Assmann 2007) gefunden hat.

Im *fluter*, dem Jugendmagazin der Bundeszentrale für politische Bildung aus dem Jahr 2009, findet sich beispielsweise in einem Beitrag über Jugendkulturen in der DDR ein Foto mit folgender Bildunterschrift: „Die Frauen waren in der DDR emanzipierter, auch die Punkerinnen“<sup>1</sup>. Quer durch alle Bevölkerungsschichten und über Mediengrenzen hinweg, existiert die Auffassung, dass ostdeutsche Frauen wenn nicht emanzipierter, so doch gleichberechtigter waren als westdeutsche Frauen.

In den Wissenschaften ist diese Meinung zwar nicht unumstritten, etwa bei Hauser (1994), Diemer (1994), Schäffgen (2000) oder Drauschke (2002), aber doch weit verbreitet. Als ihre renommierten Befürworter/innen sind zuvorderst die Sozialwissenschaftler/innen Hildegard Maria Nickel, Irene Dölling und Rainer Geißler zu nennen. Geißler ist zugleich der Begründer der These vom „Gleichstellungsvorsprung ostdeutscher Frauen“, die der Soziologe im Jahr 2011, mit einer Wiederauflage seiner *Sozialstruktur Deutschlands*, bekräftigt hat. Die These lautet im Kern wie folgt:

In einigen Bereichen war die ostdeutsche Gesellschaft moderner als die westdeutsche. An erster Stelle ist hier der strukturelle Gleichstellungsvorsprung ostdeutscher Frauen zu nennen: Die ‚Emanzipation von oben‘ hatte die Gleichstellung in der DDR – zumindest auf der sozialstrukturellen Ebene, auf der Bewusstseinssebene existierten auch partielle ‚Rückständigkeiten‘ – ein Stück weiter vorangetrieben. Damit hängen einige moderne Besonderheiten der ostdeutschen Familienstruktur zusammen: höhere Scheidungsraten, mehr nichteheliche Lebensgemeinschaften, eine größere Zahl sowie frühere und höhere Legitimität unehelicher Kinder und alleinerziehender Mütter. Auch in einigen Bereichen der Qualifikationsstruktur, die im Vergleich zu anderen Teilstrukturen der DDR-Gesellschaft relativ moderne Züge aufwies, war sie der BR ein Stück voraus: Die Versorgung der Bevölkerung mit beruflichen Grundqualifikationen war in der DDR besser, und auch der Akademikeranteil war etwas größer. Das Mehr an sozialer Sicherheit in der DDR – keine Arbeitslosen, keine manifeste Wohnungslosigkeit, keine Armut unter der ‚Normalbevölkerung‘ – ist dagegen nicht als Modernisierungsvorsprung zu deuten. Es ist vielmehr eine Folge davon, dass die DDR von einem wichtigen Problem moderner Gesellschaften – dem Spannungsverhältnis von Effizienz und sozialer Sicherheit für alle – verschont geblieben war.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Denk 2009, S. 13.

<sup>2</sup> Geißler 2011, S. 363 f.

Während Geißler das Fehlen von Arbeitslosigkeit und also auch die Integration der Frauen in die Erwerbsarbeit *nicht* als Modernisierungsvorsprung wertet, wurde im Sozialismus und auch im Feminismus die Erwerbsintegration von Frauen nahezu zum Synonym für Gleichberechtigung. Clara Zetkins (1857-1933) Credo der ‚Befreiung der Frau durch Arbeit‘ (Zetkin 1957) hat, wie kein anderer feministischer Leitgedanke, die Auffassung von der Gleichberechtigung in der DDR und damit auch die Sicht auf die ostdeutschen Frauen geprägt. In der DDR waren zum Schluss 91, 2 % aller Frauen im erwerbsfähigen Alter berufstätig, befanden sich in einer Ausbildung oder studierten<sup>3</sup>. Also waren ostdeutsche Frauen gleichberechtigter, lautet zusammengefasst die gängige Argumentationsfigur.

Zur Bekräftigung dessen werden spezifische Strukturen in den Blick genommen. Während Geißler sich in seiner These in der Hauptsache auf die Familien- und Qualifikationsstruktur konzentriert – weil sich die Einbeziehung der Frauen in die Sphäre der Erwerbsarbeit weitgehend losgelöst von den Rationalitätserfordernissen modernen Wirtschaftens vollzog und sich ergo modernisierungstheoretisch nicht erklären lässt (ausführlich vgl. Kap. 2.2) – konzentrieren sich die feministischen Diskurse auf patriarchale Strukturen, Geschlechterdifferenzen und Erwerbsarbeitsstrukturen. Weitestgehend ausgeklammert aus den strukturellen Analysen bleibt dabei aber das politische System der DDR.

So wird beispielsweise der Eindruck vermittelt, als seien *alle* Frauen der DDR relativ voraussetzungsfrei und unterschiedslos in den Genuss paternalistischer Versorgungsleistungen gekommen. Das für ‚moderne Diktaturen‘ (zur Definition vgl. Kap. 2, Anm. 26) typische Moment der ideologischen Gleichschaltung und politischen Mobilisierung wird aus den Diskursen um den Gleichstellungsvorsprung ebenso ausgeklammert, wie die Tatsache, dass in diktatorisch geprägten Lebenswelten zum Teil sehr extreme Bedingungen herrschen – zum Beispiel auch für die Realisierung von Gleichberechtigung.

Im Zentrum meiner Arbeit steht also die Frage, inwiefern sich Gleichberechtigung in der Heteronomie der DDR überhaupt hatte entwickeln können. Dass sich die These vom Gleichstellungsvorsprung ostdeutscher Frauen am Ende nicht aufrechterhalten lässt, wird bereits im Titel meiner Arbeit deutlich. Als Vertreterin eines interpretativen, mikrosoziologischen Ansatzes geht es mir aber nicht allein um das Pro und Contra einer These, sondern im Zentrum meiner Arbeit steht der *Prozess ihrer Herstellung*.

Es ist davon auszugehen, dass der Gleichstellungsvorsprung ostdeutscher Frauen zu dem gehörte, was Menschen ihre ‚Wirklichkeit‘ nennen – und zwar nicht nur zu DDR-Zeiten, sondern bis in die Gegenwart hinein. In Anlehnung an die Lebenswelttheorien von Schütz/Luckmann (1979 u. 1994) und Berger/Luckmann (2007) werde ich in dieser Arbeit also ferner der Frage nachgehen, wie und warum die Auffassung von der größeren Gleichberechtigung der DDR-Frauen individuell erlebte und gesellschaftlich etablierte ‚Wirklichkeit‘ geworden ist.

Deshalb nehme ich auch nicht zum wiederholten Male Geschlechterdifferenzen in den Blick oder betreibe Patriarchatskritik. Es ist inzwischen hinlänglich belegt und wird auch von den Befürworter/innen/n der These vom Gleichstellungsvorsprung keineswegs

<sup>3</sup> Vgl. Nickel 1993, S. 237.

bestritten, dass Defizite der Gleichberechtigung sowohl in normativer als auch in alltagspraktischer Hinsicht in der DDR existierten. Obwohl es zunächst naheliegend scheint, verfolge ich auch keinen dezidiert modernisierungstheoretischen Ansatz, weil in dieser Arbeit eben nicht allein die Strukturen von Interesse sind, sondern auch die *Akteure/Akteurinnen* sowie die *Wechselwirkungen* zwischen den verschiedenen Akteur/inn/en und den Strukturen.

Mit Strukturen sind die gesellschaftlichen Bedingungen gemeint, die das Handeln und damit auch das Bild von den DDR-Frauen determinieren und vice versa. Die These vom Gleichstellungsvorsprung ostdeutscher Frauen wurde im Nachwendediskurs generiert. Folglich bilden Transformationstheorien den Rahmen für ihre zeithistorische Kontextualisierung. Hier wird deutlich werden, dass die Komplexität ihres Sinnzusammenhangs auch nur in Verbindung mit der besonderen Form der ost-westdeutschen Transformation erfasst werden kann.

Die Auffassung von den gleichberechtigteren DDR-Frauen wurde aber nicht erst durch Geißlers These generiert. Sie existierte bereits vor 1989 und wurde zu DDR-Zeiten vor allem im Zusammenhang mit dem Aufkommen der sogenannten ‚Frauenliteratur‘ der DDR mit Beginn der 1970er Jahre diskutiert. Lemke prägte hierfür das Theorem vom ‚Literarischen Feminismus‘ (Lemke 1991).

Die Arbeit gliedert sich dementsprechend zeithistorisch in zwei Teile. Im ersten Teil werden die Zeit nach dem Umbruch 1989 und insbesondere die 1990er Jahre in den Blick genommen und im umfangreicheren zweiten Teil die 1970er/80er Jahre der DDR. Die Herstellung von Öffentlichkeit mittels literarischer Produktionen ist ein wesentliches Kennzeichen des Literarischen Feminismus der DDR (vgl. Kap. 3), weswegen Fragen der Öffentlichkeit und das spezifische Spannungsverhältnis zwischen Heteronomie und *relativer* Autonomie hier den strukturellen Rahmen für die Analysen bilden.

Der ‚raumzeitliche Zusammenhang‘<sup>4</sup> wäre damit kurz umrissen, was fehlt, sind die Akteurinnen, die an der Konstruktion der These von den gleichberechtigteren DDR-Frauen beteiligt waren und sind. In den Literaturwissenschaften zwar nicht häufig gebräuchlich, aber durchaus bekannt, ist ein auf den französischen Ethnologen Claude Lévi-Strauss zurückgehendes, strukturalistisch-musikalisches Konzept zur Analyse von Mythen, dessen Grundgedanke auf meine Arbeit übertragen werden kann. In Anlehnung an Lévi-Strauss schlägt Brinkmann vor, einen „Mythos (bzw. die Gesamtheit der miteinander verwandten Mythen) wie eine Orchesterpartitur zu lesen“, d. h. nicht allein wie einen Text von links nach rechts und Seite um Seite, sondern auch „von oben nach unten“<sup>5</sup>. Wie bei einer Partitur werden die verschiedenen ‚Stimmen‘ einer Komposition so erst vertikal sichtbar.

<sup>4</sup> Zapf 1994, S. 137. Der modernisierungstheoretische Impetus meiner Arbeit kann in Anlehnung an Wolfgang Zapf und mit seinen Worten folgendermaßen zusammengefasst werden: „Die Modernisierungstheorie könnte man als angewandte Theorie bezeichnen, die Theoriestücke aus verschiedenen Paradigmen in raumzeitlichen Zusammenhang bringt“ (ebd.; Bestimmungen zu den Begriffen ‚Modernisierung‘, ‚Modernisierungstheorie‘ und ‚Moderne‘ finden sich in Kap. 2, Anm. 14).

<sup>5</sup> Brinkmann 2012, S. 185; Claude Lévi-Strauss zit. nach Brinkmann 2012, S. 186. An dieser Stelle möchte ich Martin Brinkmann herzlich für die vielen fachübergreifenden Gespräche

Und tatsächlich wird sich herausstellen, dass die Erzählung von den gleichberechtigteren DDR-Frauen wie eine Partitur gelesen und verstanden werden *mus*s: Als ein Zusammenspiel verschiedener Stimmen, bei der ein Thema – die Gleichberechtigung der DDR-Frauen – von unterschiedlichen Akteurinnen je nach gesellschaftshistorischem Hintergrund zeitgleich, aber durchaus unterschiedlich interpretiert wird. Zu den Akteurinnen zählen Feministinnen in einem weiteren Kontext: Wissenschaftlerinnen und Frauenforscherinnen aus der DDR, der alten Bundesrepublik und zum Teil auch aus den USA sowie Autorinnen und Zeitzeuginnen aus Ostdeutschland.

Dass trotz eines inzwischen Jahrzehnte andauernden Zusammenspiels, bislang kaum Dissonanzen zu vernehmen waren, hat auch etwas damit zu tun, dass die Auffassung von den DDR-Frauen als den gleichberechtigteren ‚Schwestern‘ zu einem wesentlichen Teil ein westdeutsches, *feministisches Wunschbild* und insgesamt ein ost-westdeutsches, wechselseitig aufeinander bezogenes Konstrukt ist. Deshalb habe ich mich im Titel meiner Arbeit auch für die Legende und nicht für den Mythos entschieden, obwohl eine trennscharfe Unterscheidung zwischen Mythos und Legende zugegebenermaßen nicht ganz so einfach ist, wie es im Folgenden den Anschein hat. Und trotzdem spricht einiges eher für die Legende als für den Mythos.

Zum Ersten wird der Mythos im Alltagsgebrauch inzwischen sehr häufig verwendet, um deutlich zu machen, dass der Wahrheitsgehalt einer Aussage oder einer Begebenheit in Zweifel gezogen wird. Auch im wissenschaftlichen Bereich existiert bereits mehr als eine Arbeit zum ‚Mythos DDR‘. Die Legende ist zwar auch eine „sagenhafte, ungläubwürdige Geschichte“, wobei aber nicht so sehr die Dichotomie zwischen Wahrheit und Unwahrheit im Zentrum steht, wie beim Mythos, sondern die sagenhafte Geschichte und damit eine „im Einzelnen nicht verbürgte [...] Begebenheit“<sup>6</sup>. Diese Lesart wiederum verweist aber auf ein wichtiges Ergebnis meiner Arbeit, nämlich dass die Auffassung von den gleichberechtigteren DDR-Frauen in Teilen des feministischen Diskurses einer fundierten Grundlage entbehrt, wie insbesondere in Kapitel vier nachgewiesen wird.

Im übertragenen Sinne geht es in meiner Arbeit also um *Legendenbildung*, wobei trotz Harmonien im Zusammenspiel deutlich werden wird, dass an der Legendenbildung verschiedene Interessensgruppen beteiligt waren und auch die Motive der unterschiedlichen Akteurinnen differieren. Der Mythos ist Brinkmann zufolge und im Gegensatz dazu allerdings weniger stark an die Erzählerinnen gebunden. Er hat zum Zweiten eine rein auf die Semantik bezogene Realität<sup>7</sup>, was im Fall der Erzählung von den gleichberechtigteren ostdeutschen Frauen dezidiert nicht der Fall ist. Sie ist eng mit den Erzählerinnen, ihren Motiven und den variierenden Handlungshintergründen verwoben, weswegen im weiteren Verlauf dieser Arbeit auch nicht allein von der These vom Gleichstellungsvorsprung, sondern parallel dazu auch von der ‚Erzählung von den gleichberechtigteren ostdeutschen Frauen‘ die Rede sein wird.

danken, aus denen u. a. die Idee des ‚synchronen Lesens‘ der These vom Gleichstellungsvorsprung ostdeutscher Frauen hervorgegangen ist.

<sup>6</sup> Bibliographisches Institut GmbH: Legende, in: Duden online. Web, letzter Zugriff 22.10.2012 und Duden. Das große Fremdwörterbuch. 1994, S. 812; Vgl. Magdanz 2012, S. 25.

<sup>7</sup> Vgl. Brinkmann 2012, S. 187.

Das bringt mich zu einem dritten und für den Moment letzten Grund, der für die Legende ins Feld geführt werden kann: ihr semantischer Ursprung. „[L]egendum“ bezeichnet im lateinischen ursprünglich „das zu lesende“<sup>8</sup> und verweist damit dezidiert als der Mythos auf ein drittes wesentliches Element meiner Analysen, das bislang noch nicht erwähnt wurde. Die Legenden um die Gleichberechtigung in der DDR entstanden und entstehen durch Kommunikation und Interpretation. Sie sind dabei nicht nur an diverse Interessensgruppen sowie an unterschiedliche gesellschaftliche Strukturen, sondern auch an verschiedene *Medien* gebunden. Und diese Medien, die Materialgrundlage meiner Arbeit, werden im Folgenden eingeführt.

## Materialgrundlage und Gliederung der Arbeit

*Eine Geschichte ist nie identisch mit der Quelle, die von dieser Geschichte zeugt. Sonst wäre jede klar fließende Quelle selber schon die Geschichte, um deren Erkenntnis es uns geht.*

*Reinhart Koselleck*

Wie bereits erwähnt, gliedert sich die Arbeit zeithistorisch in zwei Teile, *inhaltlich* werden jedoch drei Themenfelder bearbeitet. Während das Thema Erwerbsarbeit die Erzählung über die ostdeutschen Frauen seit dem Zusammenbruch der DDR bis heute und folglich auch das zweite Kapitel dominiert, stehen in den 1970er/80er Jahren Probleme der Vereinbarkeit, in der Familie und in der Partnerschaft im Zentrum der Diskurse. Sie werden in Kapitel drei analysiert. Im vierten Kapitel kulminieren alle Themen, wobei hier nicht so sehr die ‚Markenzeichen‘ (Nickel 1995; vgl. Kap. 2, Anm. 20) des Gleichstellungsvorsprungs im Vordergrund der Analysen stehen, sondern die Konstruktion der These von den gleichberechtigteren DDR-Frauen durch den westlichen Feminismus und die Interdependenzen der wechselseitig aufeinander bezogenen Interpretationen.

Der Begriff Interpretation liefert auch das Stichwort für die Literaturlauswahl. Die Interpretation hat in den soziologischen Mikrotheorien eine „doppelte Bedeutung“ wie Treibel ausführt: „Sie ist Grundannahme über menschliches Verhalten und wissenschaftliche Methode zugleich“<sup>9</sup>. Analog dazu konzentriere ich mich in dieser Arbeit auf ausgesuchte Literaturformen, die in einem spezifischen Verhältnis zu dem stehen, was laut Schütz/Luckmann (1979) interpretativ hergestellt wird – die ‚Wirklichkeit‘. Dazu zählt in Kapitel zwei das Genre der Dokumentarliteratur, wobei mein Hauptinteresse der *Protokollliteratur* gilt.

Ebenso wie die alltägliche Lebenswelt subjektive ‚Wirklichkeit‘ ist, die nicht existiert, sondern interaktiv und interpretativ hergestellt wird, steht die Protokollliteratur für die ‚Authentizität‘ der übermittelten Aussagen und ist doch fiktiv, weil es sich um erinnerte *und* bearbeitete Geschichte(n) handelt. Dadurch, dass die wahrhaftige Aussage, d. h.

<sup>8</sup> Duden. Das große Fremdwörterbuch 1994, S. 812.

<sup>9</sup> Treibel 2006, S. 82.

der Stoff und nicht das Werk im Zentrum der Aufmerksamkeit steht, sprechen laut Miller „alle ‚Berichte‘, ‚Protokolle‘, ‚Dokumentarstücke‘ und ‚Textmontagen‘ [...] ihre Leser oder Zuschauer als *Zeitgenossen* an und reichen so als literarische Werke in die Sphäre der Nachrichtenübermittlung und Meinungsbildung hinein“<sup>10</sup>.

Protokollliteratur stellt also eine Art *sozialliterarische Zeitzeugenschaft* dar, der allerdings der Kontext wissenschaftlicher Erkenntnis fehlt und von daher nicht zu verwechseln ist mit ‚Oral History‘. Die Interviewpartnerinnen sind dabei sozialwissenschaftlich gesehen Zeitzeuginnen und literaturwissenschaftlich betrachtet Ich-Erzählerinnen zugleich. In dieser Arbeit werden *Die Frauen von ORWO* (1995) von Angelika Behnk und Ruth Westerwelle und im vierten Kapitel Maxi Wanders *Guten Morgen, Du Schöne* (1977) eingehend analysiert, wobei Maxi Wanders Werk in nahezu jeder Hinsicht das Prädikat ‚herausragend‘ verdient, wie im letzten Kapitel dieser Arbeit ausführlich dargelegt werden wird.

Inhaltlich konzentrieren sich die Interpretationen von *Die Frauen von ORWO* auf das Thema Erwerbsarbeit, wobei Geißlers These von der vermeintlich moderneren Qualifikationsstruktur ebenso in Beziehung zu den erzählerischen Aussagen gesetzt wird, wie seine Behauptung, der Zwang zur politischen Aktivität habe bis zu einem gewissen Grad zur Modernität der Qualifikationsstrukturen beigetragen (vgl. Kap. 2.2.4). Ich werde dagegen zeigen, dass es sich hierbei um Relativierungen handelt, die die Erzählung von den gleichberechtigteren DDR-Frauen entpolitisieren – wovon im Übrigen bereits die Titel vieler Dokumentationen zeugen. Die DDR wird zum Land, „das so schnell verschwand“ (Arp/Leo 2009), der Umbau des politischen und wirtschaftlichen Systems zu „Zwischenzeiten“ (Rohnstock/Landero 1995) und die Konsolidierung der Demokratie zur „anderen Zeit“ (Hänsch 2005), weswegen das dritte Kapitel auch den von Bernd Lasdin entliehenen Titel *Zeitenwende* (1999) trägt. (Die Wahl ist rein semantischer Natur und impliziert keinerlei Kritik an Lasdins sehr gelungener, fotografischer Milieustudie. Auch Kap. 2.1.3 wurde nach dem gleichnamigen Dokumentarband *In Zwischenzeiten* von Astrid Landero und Katrin Rohnstock benannt.)

Nicht zuletzt durch Geißlers These werden Repressionen weitestgehend aus den Erzählungen eliminiert und das politische System auf seine Versorgungsleistung mit Erwerbsarbeit reduziert. Die DDR erscheint als Lebenswelt, in der die indoktrinierende Politisierung der Erwerbsarbeitssphäre ausschließlich positiv-integrative Auswirkungen hatte und nicht auch *Selektionskriterium* für berufliche Positionierungen und für den *Ausschluss* von Frauen aus der Sphäre der Erwerbsarbeit war.

Auch zu DDR-Zeiten werden die Auswirkungen der Integration der Frauen in die Erwerbsarbeit alles in allem positiv konnotiert. Zeithistorisch differierend, steht hier und damit auch im dritten Kapitel aber nicht mehr die Erwerbsarbeit im Zentrum der feministischen Diskurse, sondern werden die Auswirkungen der DDR-Gleichstellungspolitik auf die Alltagswelt der Frauen fokussiert. Wird nach 1989 vor allem die berufliche Leistungsfähigkeit der Frauen und ihre fachliche Qualifikation herausgestellt, so sind es jetzt trotz ‚Doppelbelastung‘ und Vereinbarkeitsstress die emanzipatorischen Zugewinne: Selbstbewusst und eigenständig seien die DDR-Frauen durch ihre ökonomische Unabhängigkeit gewesen und nicht wenige Wissenschaftlerinnen sahen in den DDR-Frauen eine ‚Avantgarde‘ (Lennox 1983) auf dem Weg der Frauenbefreiung.

<sup>10</sup> Miller 1982, S. 14; Hervorh. im Orig.

Nickel spricht noch im Nachhinein von „wie auch immer eingeschränkten Autonomieentwürfen“<sup>11</sup>, die Frauen in der DDR aufgrund von Sozialpolitik und Erwerbstätigkeit hätten entwickeln können.

Mit den Einschränkungen und Belastungen des Vereinbarkeitsmodells setzten sich dagegen Autorinnen im Literarischen Feminismus der DDR auseinander. Laut Gerber dominierten ab Mitte der 1970er Jahre in der Hauptsache zwei Themen die feministischen Literaturen: Aspekte des täglichen Lebens und philosophische Fragen nach dem Wesen und dem Ort der Frauen<sup>12</sup>, wobei ich mich auch hier auf die Alltagsliteratur und die Aspekte der alltäglich Lebenswelt konzentriere und speziell Doris Paschillers *Die Würde* (1980) und Brigitte Martins *Nach Freude anstehen* (1981) analysiere.

Die *Alltagsliteratur* steht in einem ähnlichen Spannungsverhältnis von ‚Faktizität‘ und ‚Fiktion‘ wie die Dokumentarliteratur. Sie ist fiktionale Literatur und gilt doch als ‚Spiegel gesellschaftlicher Wirklichkeit‘ (Helwig 1986), weil Themen aus dem Alltag in kleinen, einfachen Formen literarisch aufbereitet werden. Die Frage der ‚Wahrhaftigkeit‘ wird dabei in dieser Arbeit in erster Linie jedoch nicht als genregebundene diskutiert, wie bei der Dokumentarliteratur, sondern als Frage der Möglichkeiten und Grenzen der Literaturproduktion innerhalb der DDR.

Bei Paschiller und Martin handelt es sich um zwei weniger bekannte DDR-Autorinnen, deren Werke demzufolge bislang auch weniger Aufmerksamkeit erregten, als die bekannten Autorinnen des ‚Frauen-Literatur-Kanons‘ der DDR. Trotzdem ist es keineswegs neu, dass in einem feministischen Forschungsvorhaben über Frauen aus der DDR auf Werke aus dem Literarischen Feminismus der DDR zurückgegriffen wird. Es existiert bereits eine beachtliche Anzahl an Studien, die die zeitdiagnostischen Qualitäten von Literatur nutzen und sie einer qualitativen Analyse unterziehen (exemplarisch: Hildebrandt 1980, Helwig 1986, Müller-Rückert 1993, Hauser 1994, Weise 2003).

Neu ist allerdings, dass ich den Fokus dabei nicht auf die Geschlechterverhältnisse lege, sondern auf die Unterschiede zwischen der alten Bundesrepublik und der DDR. ‚Selbstbewusstsein‘, ‚Autonomie‘, ‚Eigenständigkeit‘ und ‚Patriarchatskritik‘ werden sich vor allem als westliche Emanzipationsvorstellungen erweisen. In der DDR dominierten dagegen Fragen der Gleichberechtigung, d. h. der rechtlichen Gleichstellung von Mann und Frau, weswegen im Titel meiner Arbeit auch nicht von ‚Emanzipation‘, sondern von ‚Legenden der Gleichberechtigung‘ die Rede ist. Auch die Bereiche Frauenbewegung und ‚Frauenforschung‘ und Konzepte des ‚weiblichen Schreibens‘ sind nicht oder allenfalls nur bedingt auf die DDR übertragbar.

In Kapitel drei interessiert vor allem der *Alltag* der als selbstverständlich konnotierten Vereinbarkeit von Familie und Beruf, mit dem sich auch Paschiller und Martin in ihrer Prosa auseinandersetzen. Ihre Protagonistinnen suchen Fluchtpunkte und enden doch wieder in der Alltagsrealität: Befriedet durch die engen Grenzen der inner- und außerliterarischen Lebenswelten. Die Sorge um das Wohl der Kinder spielt bei Martin und damit anders als im Genderdiskurs eine zentrale Rolle. Die Legalisierung der Abtreibung führte nicht in das ‚gelobte Land‘ (Irmtraud Morgner; vgl. Kap. 3, Anm. 570) der Emanzipation, wie ein kurzer Exkurs in den literarischen Abtreibungsdiskurs zeigt.

<sup>11</sup> Nickel 1996, S. 331.

<sup>12</sup> Vgl. Gerber 1986/87, S. 59.



Schlussendlich wird durch die Auseinandersetzung mit dem *Lied der Alleinerziehenden* (1979) von Kurt Demmler und dem Axiom von den ‚Siegerinnen der Geschichte‘ (vgl. Kap. 3.3.4) auch Geißlers These von den modernen Familienformen dekonstruiert. An dieser Stelle der Interpretationen kommt nun auch der Mythos, die ‚glorifizierte Darstellung‘, zum Einsatz und wird die weit verbreitete Auffassung von der größeren Akzeptanz Alleinerziehender in der DDR widerlegt.

Im vierten, letzten und vom Erkenntniszugewinn her betrachtet, das ergiebigste der Kapitel, steht dagegen erneut die Legendenbildung im Blickpunkt des Interesses. Maxie Wanders Protokollband *Guten Morgen, du Schöne* (1977) zählt zu den bedeutendsten Werken des Literarischen Feminismus der DDR. Obwohl bekannt ist, dass Maxie Wander ihre Protokolle nicht nur arrangiert, sondern umgeschrieben und fiktive Interviews hinzugefügt hat, gelten die protokollierten Aussagen in der feministischen Forschungsliteratur vielfach als ‚authentisch‘. Das ist aber nicht das einzige Kennzeichen, welches für das spezifische Spannungsverhältnis von ‚Fiktion‘ und ‚Faktizität‘ in *Guten Morgen, du Schöne* charakteristisch ist. Der Band unterscheidet sich nochmals und in herausragender Weise sowohl von der Dokumentar- als auch von der Alltagsliteratur. ‚Faktizität‘ muss in diesem Werk wörtlich genommen werden. Fakten, und damit meine ich *das geschriebenen Wort*, wurden fehlgeleitet interpretiert und manipuliert.

Nicht nur *Guten Morgen, du Schöne* ist das bislang wohl bekannteste Werk deutschsprachiger Protokollliteratur. Auch das Vorwort von Christa Wolf, *Berührung* (1978), ist das wohl geläufigste und mit am häufigsten zitierte Vorwort in der vorliegenden Forschungsliteratur. Wanders Protokollband hatte in Ost- und Westdeutschland einen durchschlagenden Erfolg. Im Bereich der westlichen Literaturwissenschaft sorgte vor allem das Vorwort von Christa Wolf für seinen Durchbruch, mit der Folge, dass *Guten Morgen, du Schöne* nahezu ausschließlich durch die Auffassungen der Autorin gelesen, interpretiert und die Interpretationen in ihre Worte gekleidet wurden.

Wolf kann als die Theoretikerin eines DDR-spezifischen Feminismus angesehen werden, welcher allerdings nicht zu verwechseln ist mit der Frauen- und Geschlechterforschung. In diesem Bereich hat es Zeit des Bestehens der DDR mehr Bewegung gegeben. Wolf verknüpfte System- und Patriarchatskritik, erkannte die Hegemonie des Männlichen in der DDR, beschwor die Solidarität der Frauen und ihre Suche nach neuen Lebensformen und betrachtete die Frauen als Avantgarde auf dem Weg in eine bessere Menschengemeinschaft, in der Männer und Frauen friedlich miteinander leben. Autonomie war für Wolf dabei nicht alleiniges Kennzeichen der Frauenemanzipation sondern „eine Aufgabe für jedermann“<sup>13</sup>.

In den Protokollen Maxi Wanders finden die Wolfschen Paradigmen allerdings nur wenig Entsprechung. Wolf bedient sich in ihrem Vorwort vielmehr besonders poetischer Protokollpassagen, um ihre Theorie weiter auszuführen, vielfach ohne dass sie rekontextualisiert, den von Wolf unterstellten Bedeutungszusammenhang ergäben. Da aber die Rezipientinnen in ihren Interpretationen vielfach Wolfs Vorwort zugrundelegen, werden aus Wanders Ich-Erzählerinnen in erster Linie sich emanzipierende, miteinander solidarische Frauen. Dabei leistet *Guten Morgen, du Schöne* genau das Gegenteil, was durchaus nicht pejorativ gemeint ist. Der Band liefert keinen Nachweis über die Dekonstruktion überkommener Geschlechterrollen und für die Solidarität unter Frauen,

<sup>13</sup> Wolf 1985, S. 148.

sondern breitet eine für DDR-Verhältnisse ungewöhnlich weitgefächerte, brisante und – bezogen auf das Thema Gleichberechtigung – sehr widersprüchliche Themenvielfalt aus, die nicht nur inhaltlich, sondern auch wirkästhetisch ihresgleichen unter der deutschsprachigen Protokollliteratur sucht.

In die theoretischen Überlegungen Wolfs wird bereits in Kapitel drei mit Hilfe der *Voraussetzungen einer Erzählung* (1985), die in Westdeutschland unter dem Titelzusatz *Frankfurter Poetik-Vorlesungen* bekannt sind, und der Erzählung *Selbstversuch* (1972) eingeführt. Der Nachweis über die Interdependenzen der Interpretationen erfolgt im vierten Kapitel.

Weitaus gravierender als die *fehlgeliteten Interpretationen* sind aber die *Manipulationen*, die durch den westdeutschen Luchterhand-Verlag an der Lizenzausgabe von *Guten Morgen, du Schöne* (1978) vorgenommen wurden. Die Reihenfolge der Protokolle wurde in Gänze verändert und der Text um Wörter, Passagen und ganze Protokolle gekürzt, was in Seiten ausgedrückt etwa 50 Buchseiten ausmacht. Eine Auflistung aller Kürzungen findet sich im Anhang, die Bedeutung der Kürzungen für den Sinnzusammenhang der Protokolle wird in Interpretation ausgesuchter Passagen im Fließtext analysiert.

Bei den Kürzungen und Eingriffen in die Textgestalt handelt es sich zwar alles in allem um bekannte Fakten. Aufgrund der vorliegenden Forschungsergebnisse kann aber behauptet werden, dass sie in den Rezeptionen bislang weder hinreichend wahrgenommen wurden, noch einer derart umfangreichen Analyse unterzogen worden sind, wie in dieser Arbeit. Die Ergebnisse sind dabei so unmissverständlich wie frappierend: Wanders Werk wurde in Richtung Westkompatibilität und Anschlussfähigkeit an die Überzeugungen des westlichen Feminismus manipuliert. Hier wurden Dokumente im Sinne des westlich-feministischen Zeitgeistes verfälscht.

Darüber hinaus bestätigen auch Wanders Protokolle eine Tendenz, die sich auf die gesamte Auseinandersetzung mit dem Feminismus der DDR übertragen lässt: Geschlechterdifferenz war in der DDR anders als im Westen Deutschlands keine ‚Leitdifferenz‘ (Wetterer 2003). Damit ist aber weder gesagt, dass Geschlechterdifferenzen nicht relevant waren oder dass sich Frauen in der DDR nicht mit Themen der Gleichberechtigung oder mit Patriarchatskritik auseinandergesetzt hätten, noch dass genderspezifische Forschungsfragen überflüssig wären. Im Gegenteil, solange letztere nicht im Selbstreferentiellen verbleiben, sind sie von evidenter Bedeutung. Nur wurden genderspezifische Fragestellungen für die DDR zum einen bereits umfänglich erforscht und zum anderen haben sie insofern eine nachrangige Bedeutung, als die strukturellen Einschränkungen durch die Diktatur alle anderen Benachteiligungen dominierten – oder, um mich den Worten der Germanistin Ines Geipel anzuschließen: Es muss überdacht werden, „inwieweit Sozialisierungen von Frauen durch strukturelle Gewalt in einer Diktatur überlagert werden können“<sup>14</sup>.

Damit ist abermals nicht gesagt, dass alle Menschen in der DDR Gewalt ausgesetzt waren, unterdrückt wurden oder etwa alle Frauen in dem gleichen Maße unter der Vereinbarkeit gelitten hätten, wie beispielsweise Paschillers und Martins Protagonistinnen. An dieser Stelle kommt ein, seit der Wiedervereinigung ausgetragener Konflikt innerhalb der Sozialwissenschaften zum Tragen, der sich wohl auch zukünftig nicht ohne

<sup>14</sup> Geipel 1999, S. 76.

Weiteres lösen lässt. Ob nun das ‚gelebte Leben‘ in der DDR, ihre ‚Grauzonen‘ und ‚Freiräume‘ oder ihr diktatorischer Charakter in den Forschungsansätzen stärker akzentuiert wird, bleibt meiner Meinung nach trotz Methoden- und Theoriediskussion letztendlich auch eine Frage des Standpunktes der Forscherin, und mein Fokus liegt eindeutig auf den Lebensbedingungen in der Diktatur.

### Methodologische Fragen

Bleiben abschließend Fragen der Textinterpretation, der Generalisierbarkeit der Ergebnisse und der Werkauswahl zu klären. Wie bereits erwähnt, ist die Interpretation in der Mikrosoziologie Theorie und Methode zugleich. Meine methodischen Wurzeln liegen in der qualitativen Sozialforschung und speziell in der *Objektiven Hermeneutik* nach Ulrich Oevermann (1981, 2002), an der ich mich, trotz Medienwechsel, auch in dieser Arbeit *orientieren* werde – wohl wissend, dass der Begriff ‚Objektivität‘ Widerspruch evoziert und erklärungsbedürftig ist.

Es ist tatsächlich so, dass Oevermann für die Ergebnisse, die mithilfe seines textinterpretativen Verfahrens gewonnen werden, ‚Objektivität‘ beansprucht<sup>15</sup>. Dem vermag ich mich nicht zuletzt aufgrund meines theoretischen Hintergrundes *nicht* anzuschließen. Interessant sind aber die Prämissen, die dieser Behauptung zugrunde liegen und die Oevermann anführt, um die wissenschaftliche Methode der Interpretation von der subjektiven Meinung und der „Beliebigkeit der Interpretation“<sup>16</sup> abzugrenzen.

Zunächst einmal geht die „Objektive Hermeneutik [...] davon aus, dass sich die sinnstrukturierte Welt durch Sprache konstituiert und in Texten materialisiert“<sup>17</sup>. Sprache ermöglicht aber nicht nur die „Begreifbarkeit“<sup>18</sup>, das Wissen um die Bedeutung von ‚Welt‘, sondern folgt auch den hier herrschenden Regeln. Sprache ist also regelgeleitetes soziales Handeln, das in diesem Fall in Textform in Erscheinung tritt.

Regelgeleitetheit heißt aber, daß a) die Klasse der eine Äußerung erfüllenden Kontextbedingungen, auch wenn sie unendlich groß sein mag, durch eben diese Regel klar von der Klasse der nicht-erfüllenden Bedingungen unterschieden ist und daß wir b) als natürliche Mitglieder der Sprachgemeinschaft, für die die Regel gilt, problemlos über ein sicheres intuitives Wissen von ihr verfügen, so daß wir sie sowohl als praktisch Handelnde wie als Interpretieren mit Anspruch auf Gültigkeit verwenden können.<sup>19</sup>

Was Oevermann damit meint, ist, dass Texte nicht x-beliebig interpretiert werden können. Interpretation und Textproduktion folgen demselben „Regelwissen“, nur „dass ein Text Bedeutungsstrukturen generiert, die jenseits des Selbstverständnisses und Selbstbildes einer sozialen Praxis liegen und die sich nicht in den Meinungen, Intentionen oder Wertorientierungen dieser Praxis erschöpfen“<sup>20</sup>, wie Wernet ausführt. Die Aufgabe

<sup>15</sup> Vgl. Oevermann 2002, S. 5 u. 1981, S. 2.

<sup>16</sup> Oevermann 1981, S. 11.

<sup>17</sup> Wernet 2006, S. 11.

<sup>18</sup> Berger/Luckmann 2007, S. 37.

<sup>19</sup> Oevermann 1981, S. 11.

<sup>20</sup> Wernet 2006, S. 18 u. 15.

der Wissenschaft ist es nun, diese unbewussten und deswegen ‚latenten Sinnstrukturen‘ zu rekonstruieren und, wie Oevermann fordert, in der „Explikation von Bedeutungen und intuitivem Wissen“<sup>21</sup> fortzuschreiten.

Das allein klärt jedoch nicht die Frage der „Geltungssicherung“<sup>22</sup> der Interpretationen. „Das Zauberwort heißt Kontext“<sup>23</sup>, wie Bohnsack es ein wenig salopp aber deshalb nicht weniger zutreffend formuliert. Verständigung ist immer an eine spezifische Situation, an einen gesellschaftlichen Kontext, an ein Milieu, eine Kultur etc. gebunden. Da die Interpretierenden nicht denselben ‚Erfahrungsraum‘ teilen, ist es laut Bohnsack von eminenter Bedeutung, den ‚fremden‘ Erfahrungsraum und zum Beispiel seine „kommunikative[...] Alltagspraxis“<sup>24</sup> fundiert und überprüfbar zu rekonstruieren. Oder, wie Oevermann es ausdrückt: Diejenigen, die die große „Variationsbreite der Kontextbedingungen“ als Einwand für die Unbestimmtheit der Interpretationen ins Feld führen, übersehen seiner Meinung nach, „daß es auf die Präzision der Bestimmung [...] der Grenzen des Spielraums von Bedeutungsmöglichkeiten einer Äußerung ankommt, wenn Beliebigkeit der Interpretation vermieden werden soll“<sup>25</sup>. Deshalb haben die Strukturen in meiner Arbeit auch einen derart großen Stellenwert.

Das bedeutet jedoch nicht, dass die Regeln für soziales Handeln nur außerhalb des Textes zu suchen wären. Soziale Strukturen werden laut Oevermann vielmehr auch im Medium selbst erzeugt<sup>26</sup>, was wiederum zur Werkauswahl überleitet. Laut Wernet spricht Objektive Hermeneutik „nie von Einzelfallanalysen“, weil der Text als regelerzeugtes wie auch als regelerzeugendes „Gebilde“ gilt und der Fall somit „immer schon allgemein und besonders zugleich“ ist, wobei die Allgemeinheit der Fallstruktur „alleine schon dadurch“ zukomme, weil sie sich „unter Mitwirkung geltender Regeln [...] gebildet hat“<sup>27</sup>. Das mag für den einzelnen Text schlüssig sein, erklärt aber noch nicht meine Werkauswahl.

Im Gegensatz zu Wernets Meinung handelt es sich in dieser Arbeit um *Einzelfallanalysen*, weil in der Hauptsache vier Werke qualitativ, sehr intensiv, aber thematisch fokussiert analysiert werden. Einzelfallanalysen setzen ein Mindestmaß an theoretischer Kenntnis voraus, um überhaupt bestimmen zu können, welcher Fall untersucht werden soll<sup>28</sup>. Der Protokollband *Die Frauen von ORWO* wurde aus einer größeren Auswahl an dokumentarischen Werken ausgesucht, weil er thematisch aus dieser Auswahl hervorsteht und sich anders als die übrigen, im Inhaltsverzeichnis aufgeführten Werke, dezidiert mit dem Thema Erwerbsarbeit auseinandersetzt.

Martins Erzählung *Nach Freude anstehen* und Paschillers *Die Würde* wurden aufgrund ihrer intertextuellen Bezüge ausgewählt. Als Befürworterin der These vom Gleichstellungsvorsprung zitiert Irene Dölling in ihrer Abhandlung *Individuum und Kultur* (1986) aus Martins Werk und ermöglicht durch ihre Bezugnahme auf die Prosa

<sup>21</sup> Oevermann 1981, S. 5.

<sup>22</sup> Wernet 2006, S. 13.

<sup>23</sup> Bohnsack 2010, S. 21.

<sup>24</sup> Ebd., S. 65.

<sup>25</sup> Oevermann 1981, S. 11.

<sup>26</sup> Ebd., S. 44.

<sup>27</sup> Wernet 2006, S. 13 u. 19.

<sup>28</sup> Vgl. Baur/Lamnek 2005, S. 245.

einen Einblick in kommunikative Praktiken innerhalb der DDR (vgl. Kap. 3.3.3). Paschiller verwendet dagegen dasselbe Stilmittel wie Martin, um die Mühen des Alltags zu beschreiben, wobei sich erst im weiteren Forschungsverlauf herausstellte, dass sich dieses Stilmittel genre- und fachübergreifend in der DDR herausgebildet hatte (vgl. Kap. 3.3.1). Wanders *Guten Morgen, du Schöne* sticht auch in Fragen der Werkauswahl hervor. Der Zufall war letztlich für die Auswahl des Protokollbandes ausschlaggebend (vgl. Kap. 4, Anm. 53), was sich im Ergebnis als großer Erkenntniszugewinn erwiesen hat.

Insgesamt sind es keine ‚typischen‘, sondern ‚besondere‘ Fälle, die nicht als beispielhaft für andere Werke gelten, sondern durch ihre Besonderheit auf das Allgemeine verweisen, auf das, was in der Regel nicht kommuniziert wird: Seien es im Falle von Wander die fehlgeleiteten Interpretationen, bei Martin und Paschiller die Mühen des Alltags oder bei Behnk und Westerwelle die Politisierung der Erwerbsarbeits-sphäre. „Das Abweichende unterstreicht insbesondere Normalität, die so selbstverständlich ist, dass sie normalerweise nicht bewusst ist“<sup>29</sup>, wie diesbezüglich Baur/Lamnek festhalten.

Da ich an spezifischen Themen interessiert war, machte eine Sequenzanalyse wie in der Objektiven Hermeneutik, das heißt das chronologische Durchinterpretieren des gesamten Textes von vorne nach hinten, wenig Sinn. Als Interpretationstechnik weitestgehend beibehalten habe ich dagegen die Prinzipien der ‚Kontextfreiheit‘ und der ‚Wörtlichkeit‘ und an einigen Stellen auch das der ‚Extensivität‘<sup>30</sup>.

Ferner sind „natürliche Protokolle“<sup>31</sup> das präferierte Datenmaterial für objektiv-hermeneutische Verfahren. Ich habe mich hingegen bewusst für die Dokumentar- und Alltagsliteratur als Analysegrundlage und gegen die Auswertung von Interviews entschieden. Gerade in dem Phänomen, dass für jede neue Forschungsfrage in den letzten Jahren, und insbesondere seit den ersten Jahren nach dem Systemwechsel von 1989/90 bis heute, immer neue Interviews durchgeführt werden, liegt meines Erachtens ein Manko der qualitativen Forschungsansätze. Zum einen ist zu bezweifeln, dass die Produktion von immer neuen Quellen tatsächlich in jedem Fall auch zu neuen erzählerischen Aussagen führt, wie eine Vielzahl an intertextuellen Verweisen in dieser Arbeit zeigen werden. Auch wenn in der qualitativen Sozialforschung textinterpretative Ansätze verfolgt werden, so bleiben die Forschungen in ihrer Analyse zum anderen doch auf eigens für die Analyse durchgeführte Erhebungen begrenzt, denn auch bei den Zeitzeugeninterviews handelt es sich um „retrospektive Konstrukte“<sup>32</sup>, die eben nur eine begrenzte Zustandsanalyse zulassen, nämlich die zum Zeitpunkt der Durchführung der Interviews. Lepsius hat dagegen gefordert, dass sich die Soziologie des sozialen Wandels „einer prinzipiell unbestimmten Zahl von Zustandsanalysen öffnen“ und damit „historisch orientieren“<sup>33</sup> muss. Und sich historisch orientieren, bedeutet auch auf eine Vielfalt an historischen Quellen zurückzugreifen, zum Beispiel auf literarische Texte.

<sup>29</sup> Baur/Lamnek 2005, S. 245.

<sup>30</sup> Genaue Beschreibungen der hier angeführten Interpretationstechniken finden sich in Wernet 2006, S. 21 ff., 23 ff. und 32 ff.

<sup>31</sup> Wernet 2006, S. 17.

<sup>32</sup> Erll 2005, S. 51.

<sup>33</sup> Lepsius 1993, S. 13.

## 2 Die ‚Zeitenwende‘

Eine wichtige Feststellung der Sozialwissenschaftlerin Susanne Diemer lautet: „Emanzipation in einem umfassenden Sinne setzt eine demokratische Gesellschaft voraus“<sup>1</sup>. Allerdings müsse diese frei von geschlechtsspezifischen Benachteiligungen und Segregationen sein, so Diemer weiter. Die bundesrepublikanische Gesellschaft war aber nicht frei davon und galt diesbezüglich obendrein als rückständiger als die DDR.

Mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus wurden nun aber nicht die unterschiedlichen Staatsformen hinsichtlich ihrer Bedingungen für Gleichberechtigung und Emanzipation diskutiert und beispielsweise die Frage aufgeworfen, inwiefern sich unter diktatorischen Bedingungen Gleichberechtigung überhaupt hatte entwickeln können. Vielmehr kam es durch die besondere Form der ost-westdeutschen Transformation zu Benachteiligungen, denen ostdeutsche Frauen scheinbar in doppelter Hinsicht ausgesetzt waren: als Frauen und als Ostdeutsche.

Allgemein findet das Gefühl der Benachteiligung im Deutungsmuster<sup>2</sup>, als Ostdeutsche ‚Bürger zweiter Klasse‘ zu sein, seinen Ausdruck. Diese Auffassung zeigt in Umfragen bis heute eine hohe Zustimmungsrate<sup>3</sup>. Ihr narrativer Kern ist in etwa vergleichbar mit der Zustimmung zur sozialistischen Idee: Die Idee des Sozialismus sei gut, nur seine Ausführung wäre fehlerhaft verlaufen<sup>4</sup>. Die Lesart vom ‚Bürger zweiter Klasse‘ hat ein ähnliches Argumentationsmuster: Die Zustimmungswerte zur Demokratie sind seit 1990 hoch, kaum jemand in Ostdeutschland wünscht sich die DDR zurück<sup>5</sup>,

<sup>1</sup> Diemer 1994, S. 166.

<sup>2</sup> Deutungsmuster sind Sinninterpretationen, „mit denen gesellschaftliche Realität subjektiv angeeignet wird“ (Thomssen 1977, S. 6). Sie bieten Orientierung in komplexen gesellschaftlichen Zusammenhängen und Selbstgewissheiten über die Stellung einer sozialen Gruppe oder eines Individuums innerhalb einer Gesellschaft sowie „Normen über angemessenes, das heißt kollektiv und individuell sinnvolles und nützlich Handeln“ (ebd., vgl. Dybowski/Thomssen 1982, S. 51 ff.). Deutungsmuster reduzieren gesellschaftliche Komplexität und besitzen deshalb nur eine begrenzte „Argumentationsfähigkeit und Reflexivität“ (Thomssen 1977, S. 8).

<sup>3</sup> Vgl. u. a. Walz/Brunner 1997; Pollack 2000, S. 13 u. 2006, S. 4; Reißig 2010, S. 23; Kollmorgen 2011b, S. 306. Zu Auswertung und Erhebung der Frage: „Trotz Vereinigung werden die Ostdeutschen in der Bundesrepublik noch eine Weile Bürger zweiter Klasse bleiben“ (Kollmorgen 2011b, S. 306) existieren allerdings eine Reihe an kritischen Einwänden, die bei Kollmorgen 2011b, S. 306 ff. nachzulesen sind. Unter anderem sanken die „Ja-Antworten“ von 92 % im Jahr 1990 auf 42 % im Jahr 2009 (vgl. ebd., S. 306).

<sup>4</sup> Vgl. u. a. Geulen 1999, S. 3 f.; Pollack 2000, S. 17.

<sup>5</sup> Laut Häuser kam es bereits in den 1980er Jahren zu einer Erosion der Zielkultur der DDR, was zur Herausbildung gesellschaftlicher Gegenidentitäten und bei der Mehrheit der Bevölkerung schlussendlich zur „Abgrenzung bzw. Distanzierung vom oder der Negation des politischen Systems und seinen gesellschaftspolitischen Vorgaben und Sichtweisen“ (Häuser 1996, S. 19) führte. In dieser Absolutheit kann Häusers These aufgrund der Ergebnisse dieser Arbeit jedoch nicht gestützt werden.

jedoch die Umsetzung der Demokratie, wie etwa die Marginalisierung der Ostdeutschen im Transformationsprozess sowie in der bundesrepublikanischen Gegenwart werden beanstandet<sup>6</sup>.

Walz und Brunner interpretieren das Aufkommen dieses Deutungsmusters als „Reflex auf die tatsächliche und vermeintliche Überheblichkeit des Westens“<sup>7</sup> im Transformationsprozess. Reißig und Pollack sprechen angesichts seiner Persistenz dagegen dezidiert von Anerkennungsdefiziten, entstanden im „deutsch-deutschen Wiedervereinigungsprozess“<sup>8</sup> und Kollmorgen generierte das Theorem der anhaltenden „Subalternitätsperspektive auf Ostdeutschland“<sup>9</sup>. Ob verweigerte Anerkennung (Pollack, Kollmorgen und Reißig) oder realökonomische Benachteiligungen (Walz/Brunner) für das anhaltende Gefühl der Marginalisierung verantwortlich sind, ist umstritten. Unstrittig ist jedoch die Bedeutung der Form des Einigungsprozesses für die Entstehung des Gefühls, ‚Bürger zweiter Klasse‘ zu sein – nämlich die Auffassung von der Vereinigung als bloßem Anpassungs- und Angleichungsprozess. Reißig fasst die „Argumentationsfigur“ wie folgt zusammen:

Der rasche Transfer der westdeutschen Institutionen in die ostdeutsche Wirtschaft und Gesellschaft löst Anpassungsprozesse in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen aus, die früher oder später in einer weitergehenden Angleichung an die Verhältnisse münden werden, die sich in Westdeutschland (wie in allen anderen westlichen Industrienationen) seit dem zweiten Weltkrieg herausgebildet haben.<sup>10</sup>

Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik und der Anpassung an die altbundesrepublikanischen Verhältnisse habe eine ‚Kolonialisierung‘<sup>11</sup> Ostdeutschlands stattgefunden, erläutert Kollmorgen den weiteren Verlauf des Diskurses<sup>12</sup>. So fühlte sich beispielsweise auch die ostdeutsche Soziologin Birgit Bütow vom Westen vereinnahmt. Sie fragt:

Vollzieht sich nun die Okkupation der Forschungslandschaft auch auf dem Gebiet der Frauenforschung? Vieles deutet darauf hin. Es ist Fakt, daß sich der Prozeß der Vereinigung der DDR und BRD vor allem als Prozeß der Anpassung des Ostens an den Westen, als bundesrepublikanische Vereinnahmung vollzieht. Sozialwissenschaftlich wird das als ‚Systemtransformation mit Modernisierungsprozessen‘, als Ausweitung der Modernisierung der westlichen Gesellschaft auf den Osten reflektiert.<sup>13</sup>

<sup>6</sup> Vgl. u. a. Walz/Brunner 1997, S. 19; Pollack/Pickel 1998; Pollack 2000, S. 20; Reißig 2011, S. 447.

<sup>7</sup> Walz/Brunner 1997, S. 15.

<sup>8</sup> Pollack 2000, S. 20; vgl. Reißig 2011, S. 447.

<sup>9</sup> Kollmorgen 2010, S. 12 u. 2011b.

<sup>10</sup> Reißig 2000, S. 4; vgl. ders. 2011, S. 433 ff.

<sup>11</sup> Als Fürsprecher der Kolonialisierungsthese gelten u. a. Dümcke/Vilmar 1996, S. 17. Zum Deutungsmuster von der Kolonialisierung Ostdeutschlands vgl. u. a. Mühlberg 2002, S. 239; Geißler 2006, S. 136; Kollmorgen 2011a, S. 36.

<sup>12</sup> Vgl. Kollmorgen 2011a, S. 36.

<sup>13</sup> Bütow 1994, S. 107.

Laut Kollmorgen hat die Kolonialisierungsdebatte seit „Ende der 1990er Jahre an Bedeutung und Schärfe verloren“. Modernisierungstheoretische Fragestellungen blieben trotzdem „virulent“<sup>14</sup>, so Kollmorgen weiter. Dass dies nahezu zwingend notwendig ist, zeigt die Äußerung von Bütow, in der die Wahrnehmung vereinnahmt zu werden, gleichgesetzt wird mit dem Konzept der Systemtransformation und Modernisierungstheorien. Aber auch insgesamt wirft die gerade skizzierte ‚Anerkennungsdebatte‘ Fragen auf: Zum Beispiel nach der genauen Form der ost-westdeutschen Transformation oder nach den handelnden Akteuren im Einigungsprozess, die sich eben nicht pauschal in den westdeutschen Massenakteur und die Gruppe der marginalisierten Ostdeutschen unterteilen lassen.

Im ersten Teil dieses Kapitels werde ich deshalb eine begriffliche Differenzierung vornehmen und die oftmals bedeutungsgleich verwendeten Begriffe der Transformation, Demokratisierung (Modernisierung), Transition und des Regime- und Systemwechsels<sup>15</sup> voneinander abgrenzen. Die Auseinandersetzung mit den Begriffen und den ihnen zugrunde liegenden, theoretischen Konzepten schafft einen differenzierten Überblick über den Systemwechsel in Ostdeutschland, der sich dann nicht mehr allein auf Fragen der Anerkennung oder Missachtung reduzieren lässt. Der Ausgangspunkt der Wandlungsprozesse ist ebenso bedeutsam für die Bewertung des Übergangs, wie seine theoretischen Prämissen und deren letztliche Gestalt, wie auch die verschiedenen Interessensla-

<sup>14</sup> Vgl. Kollmorgen 2011a, S. 36. Die Modernisierung kennzeichnet einen Typ sozialen Wandels seit Herausbildung der Industriegesellschaften, bei dem vormalige Agrargesellschaften Merkmale wie „Industrialisierung, Rationalisierung und Säkularisierung, Demokratisierung und Emanzipation, Pluralisierung der Lebensstile, Massenkonsum, Urbanisierung und Steigerung der sozialen Mobilität“ (Degele/Dries 2005, S. 17; vgl. u. a. Wehler 1975, S. 16 u. 2010, S. 193 f.; Zapf 1994, S. 121 ff.) herausgebildet haben. Diese *klassische* Definition von Modernisierung ist inzwischen beispielsweise von Degele/Dries (2005) um die Kategorien ‚Beschleunigung‘, ‚Globalisierung‘, ‚Vergeschlechtlichung‘ und ‚Integration‘ oder von Wagner (2001) um philosophische Fragestellungen erweitert worden. Modernisierungstheorien sind „im engeren Sinne“ (Zapf 1994, S. 121) US-amerikanischen Ursprungs und laut Wehler eine „Reaktion der intellektuellen Elite Amerikas auf die Weltmachtrolle der Vereinigten Staaten“ (Wehler 2010, S. 189), mit denen mit Beginn der 1950er Jahre die Entwicklung der ‚modernen‘, westlichen Welt und ursprünglich auch ihre evolutionäre Überlegenheit vor allem makrostrukturell erklärt wurde (vgl. Wehler 2010, S. 189 f.; Zapf 1994, S. 121). Die Modernisierungstheorie ist eng mit dem Konzept ‚der Moderne‘ verbunden (vgl. Degele/Dries 2005, S. 15; Wagner 1995, S. 13 ff.). Die Moderne ist ein Konstrukt, das vor allem in der Kunst und in den Literaturwissenschaften Anwendung findet und das Fortschrittsdenken der Aufklärung, die Autonomie und Selbstbestimmung der Individuen betont (vgl. ebd.). Die ‚Moderne‘ ist darüber hinaus sowohl ein Ideen- als auch ein Epochenbegriff, wobei letzterer laut Wilde von 1890 bis in die Gegenwart reicht (Wilde 2009, S. 263). Wilde verweist ferner darauf, dass das Moderne nicht in jedem Fall auch progressiv und innovativ ist. Die historisch älteste Bedeutung von ‚modern‘ ist ‚das Neue‘, aber erst in der Renaissance wurde aus dem Neuen in Abgrenzung zum Mittelalter auch ‚das Bessere‘ (vgl. ebd., S. 262 f.). Im deutschen Sprachraum wird laut Wilde deshalb auch zwischen der Moderne und der Avantgarde unterschieden (vgl. ebd., S. 265).

<sup>15</sup> Zum Problem der synonymen Verwendung vgl. u. a. Nohlen 2004, S. 1001 und 2005 f.; Merkel 1999, S. 77 f. u. 2003, S. 207 f.



gen innerhalb der ostdeutschen Bevölkerung, die im zweiten Teil dieses Kapitels im Zentrum der Betrachtungen stehen.

Diese Differenzierung ist gerade mit Blick auf die These vom Gleichstellungsvorsprung dringend notwendig, da Frauen der Legende nach in zweifacher Hinsicht „einer systematischen sozialen Ungleichheitserfahrung“ und „westdeutscher Missachtung“<sup>16</sup> im Transformationsprozess ausgesetzt waren. In Anlehnung an die US-amerikanische Politikwissenschaftlerin Nancy Fraser geht Nickel beispielsweise davon aus, dass Vollerwerbstätigkeit der Gegenentwurf zum „traditionalen Geschlechtermodell“<sup>17</sup> und ergo ein Kennzeichen moderner Geschlechterverhältnisse sei<sup>18</sup>. Dass ostdeutsche Frauen im Zuge des Transformationsprozesses stärker als Männer aus „gesicherten Beschäftigungsverhältnissen“<sup>19</sup> verdrängt wurden, gilt im Umkehrschluss, etwa bei Rosenzweig, als Folge der Anpassung des fortschrittlicheren ‚Modells Ost‘ an die traditionelleren und damit rückschrittlicheren Geschlechterhierarchien im Westen<sup>20</sup>. Frauen waren demnach in zweifacher Hinsicht benachteiligt – als Ostdeutsche und als Frauen.

<sup>16</sup> Kollmorgen 2011b, S. 306.

<sup>17</sup> Nickel 1997, S. 22.

<sup>18</sup> Vgl. Nickel 1995, S. 27. Im Zentrum der feministischen Diskurse steht das Festhalten am Modell der *Vollerwerbstätigkeit*. Trotz Beitritts der DDR zur alten Bundesrepublik und den darauf folgenden Massenentlassungen trat die befürchtete Anpassung der vermeintlich fortschrittlichen ostdeutschen Geschlechterverhältnisse an das antiquierte bundesrepublikanische Hausfrauen-Mutter-Modell nicht ein. Nickel spricht deshalb von der ‚Widerständigkeit‘ und dem ‚Eigensinn‘ der ostdeutschen Frauen, Rosenzweig von ihrem ‚Beharrungsvermögen‘ und Dölling stellt seither das Fortbestehen progressiver, DDR-geprägter Geschlechterarrangements heraus (vgl. Nickel 1997, S. 23; Rosenzweig 2000, S. 230; Dölling 2003 u. 2005). Der Unterschied zwischen Ost und West beträgt derzeit noch etwas mehr als 10 Prozent. Im Zeitraum von 1991 bis 2010 sank der Anteil der vollzeitbeschäftigten Frauen sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland, im Westen von 63,7 auf 45,9 % und im Osten von 81,2 auf 58,2 %. Damit stieg die Teilzeitarbeitsquote in Ostdeutschland um mehr als das Doppelte von 17,5 % (1991) auf 38,3 % (2010) in Ostdeutschland und in Westdeutschland von hohen 32,5 auf 48,7 %, wobei die Erwerbsquote der Frauen in beiden Landesteilen annähernd gleich war (vgl. Hans-Böckler-Stiftung 2011a und 2011b; Statistisches Bundesamt 2011, S. 96). Bleibt die Frage, wie diese Differenz zu erklären ist, ob als Festhalten am positiven Erbe der DDR und Modernisierungsvorsprung, da vonseiten der Modernisierungstheorien vermutet wird, dass der einmal erreichte Fortschritt nicht rückgängig gemacht werden kann (vgl. Degele/Dries 2005, S. 18), oder als Angleichung und Ausdruck einer bislang wenig beachteten Vereinbarkeitsproblematik, die sich eben nicht allein auf strukturelle Bedingungen reduzieren lässt, wie in Kap. 3 ausführlich dargelegt werden wird.

<sup>19</sup> Rosenzweig 2000, S. 230. Ritschel und Markus geben in ihrer 1994 erschienen Studie zum Wandel der Lebenslagen von DDR-Frauen an, dass „etwa 60 Prozent der registrierten Arbeitslosen Frauen sind“ (Ritschel/Markus 1994, S. 8). Rosenzweig bezieht sich demgegenüber auf Geschäftsstatistiken der Bundesanstalt für Arbeit, wonach 1994 die Erwerbslosenquote der ostdeutschen Frauen mit 21,5 % doppelt so hoch war, wie die der Männer (10,9 %). 1999 lag die Arbeitslosenquote der ostdeutschen Frauen bei 20 % und die der Männer bei 15,5 % (vgl. Rosenzweig 2000, S. 226).

<sup>20</sup> Vgl. Rosenzweig 2000, S. 225. Die Kennzeichen der scheinbar fortschrittlicheren „Gleichstellungspraxis“ der DDR hat Geißler in Form von „vier Elemente[n]“ und Nickel unter dem Terminus „Markenzeichen des ‚DDR-Gleichstellungsvorsprungs‘“ (Nickel 1995, S. 26;

Als Reaktion auf die „offensichtliche Benachteiligung der Frauen im Prozeß der deutschen Wiedervereinigung“, entstand das Deutungsmuster von den „Frauen als Verliererinnen der deutschen Einheit“. Einer näheren Betrachtung hielt diese Lesart „in ihrer Absolutheit“ allerdings nicht Stand, wie Schäfgén weiter ausführt. Zwar seien Frauen „sehr viel stärker als Männer von Arbeitslosigkeit betroffen“<sup>21</sup>, dennoch existierten hinsichtlich der Chancen und Risiken auf dem Arbeitsmarkt Unterschiede zwischen den Frauen, vor allem was das Alter und ihr Qualifikationsniveau betrifft.

Analog dazu findet sich bei Rosenzweig die Prognose, dass gut qualifizierte Frauen „in Zukunft gute Aufstiegs- und Karrierechancen“ haben. Eine rein auf Männer und Frauen ausgerichtete „Analyse der gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen“ muss der Politikwissenschaftlerin zufolge deshalb „komplexeren Betrachtungsweisen weichen“<sup>22</sup>. Dass auch das zwingend notwendig ist, kommt beispielsweise darin zum Ausdruck, dass die politische Ordnung der Ausgangsgesellschaft der Transformationsprozesse, die DDR, nur deutlich reduziert im Deutungsmuster vom ‚Bürger zweiter Klasse‘ als auch in der These vom Gleichstellungsvorsprung ostdeutscher Frauen Berücksichtigung findet.

Dölling etwa spricht lediglich von der „paternalistisch-patriarchalische[n] Bevormundung durch ‚Vater Staat‘“ und „seinen umfangreichen sozialpolitischen Maßnahmen“, die zwar einerseits die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichten, Frauen aber „andererseits zu Objekten von Wirtschafts- und Bevölkerungspolitik machte[n]“<sup>23</sup>. Analog dazu reduziert auch Nickel die politischen Bedingungen für die Entwicklung der Gleichberechtigung in der DDR auf die „patriarchale Gleichberechtigungspolitik“, die „von oben‘ in Gang kam, d. h. eine für Frauen gemachte und nicht von Frauen entwickelte und erkämpfte Politik den Handlungsrahmen bestimmte“<sup>24</sup>.

Die Charakterisierung der Politik als patriarchalische und/oder paternalistische, könnte auf eine Vielzahl politischer Systeme und Staatsformen zutreffen, auf die Autokratie ebenso wie auf die Demokratie. Steinbach spricht angesichts derartiger Neutralisierungen von einer „Indifferenz“<sup>25</sup> gegenüber Diktaturen. Der Historiker und Politik-

Geißler 2006, S. 322) zusammengefasst. Unter den „Markenzeichen“ versteht Nickel die Arbeitsplatzsicherheit in der DDR, die selbstverständliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die staatliche Frauenförderpolitik, die Fristenlösung und die flächendeckende Versorgung mit Kinderbetreuungseinrichtungen (vgl. Nickel 1995, S. 26). Geißler subsumiert unter seine „vier Elemente“ das Mehr an Frauenförderpolitik und das Mehr an finanzieller Förderung derselben, das Mehr an sozialpolitischen Maßnahmen sowie das „Mehr an Lenkung und Verpflichtung“, worunter der Soziologe u. a. den „Druck zur politischen [...] Aktivität“ (Geißler 2006, S. 322) subsumiert. Ausführliche Auseinandersetzungen mit dem Element der ‚Lenkung und Verpflichtung‘ finden sich ab Kap. 2.2.2.

<sup>21</sup> Schäfgén 2000, S. 13. Nickel bezeichnet die These von den „Ost-Frauen als den ‚Modernisierungsoffern‘ oder ‚Vereinigungsverliererinnen‘“ bereits ab Mitte der 1990er Jahre als „nahezu stereotype[s] Theorem“ (Nickel 1997, S. 22).

<sup>22</sup> Rosenzweig 2000, S. 230.

<sup>23</sup> Dölling 2005, S. 27.

<sup>24</sup> Nickel 1996, S. 331.

<sup>25</sup> Steinbach 2002, S. 37. Steinbach bezieht sich in seiner Kritik auf die westliche Nichteinmischung und Unterstützung von Diktaturen in Lateinamerika, Afrika und Asien während des Ost-West-Konflikts (vgl. ebd.) und schließt im Folgenden auch die Anerkennung der sozia-

wissenschaftler ist ein Verfechter der Bewertung von Diktaturen nach menschenrechtlichen Kriterien, das heißt, auch ‚moderne Diktaturen‘<sup>26</sup>, wie die DDR, sind für ihn „ausnahmslos *totalitäre* Diktaturen“<sup>27</sup>.

Kleßmann wiederum bezeichnet „[p]lakative Kennzeichnungen wie ‚Unrechtsstaat‘ und ‚Totalitäre Diktatur‘ zur Delegitimierung eines untergegangenen politischen Systems“ als verständlich, sie seien aber keineswegs dazu in der Lage, komplexe Sachverhalte zusammenzufassen und hätten darüber hinaus auch keine Aussicht auf Akzeptanz in der Bevölkerung. Ihre „Erfahrungsgeschichte“<sup>28</sup> habe deutlich andere Akzente gesetzt. Das in diesem Abschnitt angeführte Beispiel des Gefühls ‚Bürger zweiter Klasse‘ zu sein, scheint Kleßmann in seiner Replik zu bestätigen.

Steinbach geht es jedoch nicht um Delegitimierung, sondern darum, begrifflich deutlich zu machen, inwiefern sich totalitäre Diktaturen im Kern von demokratisch verfassten Gesellschaften unterscheiden, etwa durch die Vereinzelung des Individuums<sup>29</sup> oder „die systematische Verletzung von Menschenrechten und durch die keineswegs voraussetzungslose Gewährung von (Staats-)Bürgerrechten“<sup>30</sup>. Mit der Konzentration auf den paternalistischen Wohlfahrtsaspekt der DDR-Diktatur gerät aber beispielsweise die Frage, welche Voraussetzungen Frauen in der DDR erfüllen mussten, um mit Arbeit versorgt zu werden und beruflich aufsteigen zu können, in den Hintergrund. Voraussetzungslos wurden Frauen in der DDR jedenfalls nicht mit Erwerbsarbeit versorgt, das wird im zweiten Teil dieser Arbeit in Analyse des Dokumentarbandes *Die Frauen von ORWO* (1995) deutlich.

In einem kurzen Überblick über die Dokumentarliteratur seit 1989 wird zudem deutlich werden, dass für ostdeutsche Frauen „Diskursbrücken“<sup>31</sup> zur Anerkennung

listischen Staaten in Ost- und Mitteleuropa und das darauf gegründete „Nichteinmischungsgebot“ (ebd., S. 38) des Westens mit ein.

<sup>26</sup> Moderne Diktaturen sind im Gegensatz zum liberalen Verfassungsstaat gekennzeichnet durch die Abschaffung der Gewaltenteilung und Opposition, durch die Aufhebung von gesellschaftlichem Pluralismus und der Pressefreiheit und der Ersetzung des Rechtsstaates durch den Polizeistaat. In einem totalitären Staat kommt die Existenz einer Staatspartei und von Massenorganisationen, die Gleichschaltung und „Schaffung ‚gestufter Eliten‘“ (Schultze 2010, S. 170), die Vereinzelung der Individuen sowie die Instrumentalisierung der Kultur zu Propagandazwecken hinzu (vgl. ebd., Steinbach 2002, S. 42 f.; Jesse 1994, S. 14 ff.). Bei Behrends findet sich folgende Erklärung: „Aus den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts bildete sich eine Verwendung des Begriffs der Diktatur, der jegliche Form unumschränkter Machtentfaltung bezeichnet, die sich in Gegensatz zum liberalen Verfassungsstaat westlicher Prägung befindet. Um die Form der Diktatur zu charakterisieren, ist die historische Forschung dazu übergegangen, von ‚kommunistischer‘, ‚faschistischer‘ oder ‚nationalsozialistischer Diktatur‘ ebenso zu sprechen, wie von ‚moderner Diktatur‘ oder auch von ‚Wohlfahrtsdiktatur‘. Bei diesen Bezeichnungen handelt es sich um Interpretationsangebote, die einen spezifischen Akzent – Ideologie, Wirtschaft, Sozialpolitik – diktatorischer Herrschaft betonen“ (Behrends 2010, S. 41).

<sup>27</sup> Steinbach 2002, S. 42; Hervorh. im Orig.

<sup>28</sup> Kleßmann 2001, S. 5.

<sup>29</sup> Ein Beispiel dafür, was mit der Vereinzelung von Individuen in totalitären Diktaturen gemeint ist, findet sich in Kap. 3.3.3.

<sup>30</sup> Steinbach 2002, S. 36.

<sup>31</sup> Kollmorgen 2010, S. 13.

ihrer Lebensleistung und zur Dokumentation ihrer Wendeerfahrungen gebaut wurden, wie Kollmorgen (2010, 2011a u. 2011b) und Reißig (2010 u. 2011) in Anbetracht der anhaltenden Marginalisierung der ostdeutschen Minderheitenmeinung im massenmedialen Diskurs fordern. Sowohl mit Blick auf die Entstehungsgeschichten als auch in Hinsicht auf den Tenor der erzählerischen Darstellungen der Dokumentationen ist zumindest ein Teil der ostdeutschen Frauen im Medium der Dokumentarliteratur angemessen vertreten und auch dargestellt.

Der Diktaturcharakter der DDR rückt in den Protokollbänden in den Hintergrund und das ‚gelebte Leben‘ (Leo 2003) sowie die „Möglichkeiten des eigen-sinnigen Gestaltens“<sup>32</sup> werden in den Vordergrund der erzählerischen Darstellungen gehoben. Zwar finden Ostdeutsche hier die von Kollmorgen und Reißig geforderte Anerkennung ihrer besonderen Erfahrungen und ihres „Eigen-Sinn[s]“<sup>33</sup>. Auf der anderen Seite entstehen dadurch aber entpolitisierte Geschichten, die, wie Jesse an anderer Stelle kritisiert, „das diktatorische Element in gewisser Weise ... eskamotier[en]“<sup>34</sup>.

Für das journalistische Genre der Dokumentarliteratur, mit der dezidiert „Erfahrungsgeschichte“ geschrieben wird, mag diese Art der Darstellung zielführend sein. Eine wissenschaftsimmanente Auseinandersetzung muss jedoch „Herrschaftsanalyse mit Erfahrungsgeschichte“<sup>35</sup> verbinden, wie der Historiker Christoph Kleßmann zwar in einem anderen Zusammenhang, deshalb aber nicht weniger zutreffend fordert. Das politische System der DDR hatte auch jenseits seiner sozialstaatlichen, patriarchal-paternalistischen Fürsorgepolitik einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Entwicklung der Gleichberechtigung. Insofern wird in allen nachfolgenden Überlegungen einbezogen, dass die DDR eine ‚moderne Diktatur‘ mit totalitären Zügen war<sup>36</sup>.

<sup>32</sup> Lindenberger 2000, S. 11.

<sup>33</sup> Reißig 2010, S. 23.

<sup>34</sup> Jesse 1994, S. 22.

<sup>35</sup> Kleßmann 2005, S. 10. Ähnlich wie in der Soziologie wird auch unter Historiker/inne/n das ‚Anerkennungsproblem‘ Ostdeutschlands in der Historiografie diskutiert. In diesem Zusammenhang fordert Kleßmann „Herrschaftsanalyse mit Erfahrungsgeschichte“ zu verbinden und so die „getrennte[...] Vergangenheit als gemeinsame Geschichte“ (ebd.) zu behandeln (ausführlicher zum Diskurs innerhalb der Geschichtswissenschaften vgl. Kap. 2.1.2).

<sup>36</sup> Diese Definition betont die diktatorische Verfasstheit der DDR und wird in Anlehnung an Jesse gleichzeitig der Tatsache gerecht, dass sich ihr totalitärer Charakter insbesondere in der Honecker-Ära gewandelt und in vielen Bereichen abgeschwächt, eher autoritäre Formen angenommen hat (vgl. Jesse 1994, S. 16 ff.).

## 2.1 Transformationstheorien

Die Umbrüche in Mittel-, Ost- und Südosteuropa ab Mitte der 1980er Jahre waren nicht nur innergesellschaftlich, sondern auch geo-politisch derart tiefgreifend, umfassend und zudem unerwartet, dass sie heute von der Mehrzahl der Chronist/inn/en und Analytiker/innen der Veränderungen als „Epochenbruch“ bzw. „welthistorische Zäsur“<sup>37</sup> charakterisiert werden. Die Umwälzungen berührten nahezu alle innergesellschaftlichen Sphären in den einzelnen betroffenen Staaten und führten zu territorialen Neugliederungen und damit zur Bildung neuer Nationalstaaten<sup>38</sup>. Zur Erfassung der hier stattfindenden komplexen Wandlungsprozesse hat sich sowohl im allgemeinen- als auch im sozialwissenschaftlichen Sprachgebrauch der Begriff der Transformation weitestgehend durchgesetzt<sup>39</sup>.

Dass es sich bei der Transformation um Umwandlungsprozesse von einem Ausgangszustand in einen definierbaren Folgezustand handelt, kann als Basisdefinition sozialwissenschaftlicher Forschung angesehen werden<sup>40</sup>. In den folgenden Darstellungen beziehe ich mich auf soziologische und politikwissenschaftliche Theorieansätze. Die Ausführungen dienen der einführenden Systematisierung und können deshalb nur einen groben Überblick bieten.

Während die Soziologie, vereinfacht dargestellt, traditionell den Wandel (innerhalb) des Systems menschlichen Zusammenlebens erforschte, wie beispielsweise den Wandel von Lebenslagen und der Sozialstruktur, konzentrierten sich die Politikwissenschaften vornehmlich auf den Wandel der „institutionell-organisatorischen Ausprägungen menschlichen Zusammenlebens“<sup>41</sup>, d. h. auf den Wandel politischer Institutionen, wirtschaftlicher Systeme und gesellschaftlicher Ordnungen<sup>42</sup>.

Mit dem Systemwechsel von 1989/90 haben sich sowohl die Soziologie als auch die Politikwissenschaften „der (ost-)deutschen Transformationsvorgänge mit großer Intensität, intellektueller Energie und neuer Ressourcenakquirierung angenommen“<sup>43</sup>. Mehr noch: „Wohl noch nie wurde ein gesellschaftlicher Umbruch sozialwissenschaftlich so intensiv erforscht wie die Transformation in Ostdeutschland“<sup>44</sup>, resümiert Hradil. Reißig zufolge wurden allein zwischen 1990 und 1997 etwa 4.000 deutschsprachige sozialwissenschaftliche Studien nur zu einem „Brennpunkt“<sup>45</sup> der Transformation herausgegeben, dem sozialen Wandel in den neuen Bundesländern.

Eine Vielzahl an Forschungseinrichtungen in Ost und West begann unmittelbar im Umbruch zu Themenschwerpunkten der Transformation zu arbeiten. Selbst längst in Westdeutschland laufende Untersuchungen wurden Bertram zufolge ad hoc auf die

<sup>37</sup> Kollmorgen/Schrader 2003, S. 7; Kollmorgen 2005a, S. 7; Dittrich 2005, S. 85 f.

<sup>38</sup> Laut Kollmorgen umfasst „die Gruppe des Postsozialismus“ (Kollmorgen 2005b, S. 23) neunzehn Länder Mittelost- und Osteuropas (vgl. ebd.).

<sup>39</sup> Vgl. Reißig 1994, S. 323.

<sup>40</sup> Vgl. Stojanov 2003, S. 61.

<sup>41</sup> Mols 2009, S. 36.

<sup>42</sup> Vgl. Merkel 1999, S. 15.

<sup>43</sup> Reißig 2000, S. 1.

<sup>44</sup> Hradil 1996, S. 299.

<sup>45</sup> Reißig 2000, S. 2.

neuen Bundesländer übertragen<sup>46</sup>. Auch wenn sich die euphorischen Hoffnungen der Anfangsjahre, dass sich die Transformationsforschung zu einem eigenständigen Forschungszweig innerhalb der Sozialwissenschaften entwickeln würde, nicht erfüllt haben, so haben die Analysen doch zu interessanten Ergebnissen geführt, die es möglich machen, die Umwandlungsprozesse und die mit ihnen entstandenen oder durch sie tradierten Deutungsmuster nachzuvollziehen. Als ein solches Deutungsmuster ist beispielsweise die These von der ‚Kolonialisierung‘ der DDR durch Westdeutschland anzusehen, die in Form eines spezifischen Opferdiskurses auch Eingang in die Nachwendeerzählung vom Gleichstellungsvorsprung ostdeutscher Frauen gefunden hat (vgl. ab Kap. 2.2).

Anders als es Gensicke schreibt, herrscht in der definitorischen Bestimmung des Begriffes Transformation auf (bestimmte) Wandlungstypen keine wesentliche Übereinstimmung, sondern werden mindestens zwei unterschiedliche Perspektiven eingenommen. Während beispielsweise Hradil in Anlehnung an Kollmorgen unter Transformationen auch „mittel- bzw. längerfristige, sukzessive und komplexe Form-Wandlungsprozesse von Gesellschaften oder gesellschaftlichen Teilbereichen“<sup>47</sup> versteht, beziehen Gensicke und Reißig den Begriff vorwiegend auf die Umbrüche in den neuen Bundesländern und in Osteuropa<sup>48</sup>. Demnach handelt es sich bei der Transformation „um einen grundlegenden Systemwechsel und nicht um partielle Veränderungen oder Reformen in einzelnen gesellschaftlichen Sektoren“<sup>49</sup> und pointiert, „um einen Systemwechsel von der sozialistischen zur kapitalistischen Gesellschaftsformation“<sup>50</sup>.

Analog dazu ist auch Reißig der Meinung, dass es sich bei der Transformation „eindeutig“ um den „Übergang vom Realsozialismus zum Post-Sozialismus“<sup>51</sup> handelt. Weder Gensicke noch Reißig können dabei jedoch überzeugend darlegen, warum nur diese Variante als Transformation bezeichnet wird. Als Begründung werden lediglich „die historische Einzigartigkeit“<sup>52</sup> und Radikalität der osteuropäischen Umwälzungen und ein metaphorischer Erklärungsversuch angeführt.

Zum einen wird die exzeptionelle Bewertung der Ereignisse nach 1989 nicht nur „keineswegs von allen Autoren so gesehen“<sup>53</sup>, wie Reißig selbst einwendet. Ihr wird beispielsweise von Kollmorgen und Dittrich dezidiert widersprochen<sup>54</sup>. Zum anderen

<sup>46</sup> Vgl. Bertram 1997a, S. 426.

<sup>47</sup> Hradil 1996, S. 300.

<sup>48</sup> Vgl. Gensicke 1998, S. 16; Reißig 1994, S. 323.

<sup>49</sup> Gensicke 1998, S. 16

<sup>50</sup> Ebd.

<sup>51</sup> Reißig 1994, S. 324.

<sup>52</sup> Ebd.

<sup>53</sup> Ebd.

<sup>54</sup> Vgl. Dittrich 2005, S. 86. Kollmorgen „erscheinen die postsozialistischen Transformationen mit ihren Phänomenen und [...] ihren Ursachenkomplexen [...] keineswegs als einmalig und unvergleichbar“ (Kollmorgen 2005b, S. 32). Er schlägt das Konzept der *Gesellschaftstransformation* als klar konturierbaren und definierbaren Typ sozialen Wandels vor. Kollmorgen versteht ähnlich wie Gensicke unter Gesellschaftstransformationen grundlegende Wandlungsprozesse, die alle Ebenen der Gesellschaft (Politik, Ökonomie, Militär, Sozialstruktur etc.) tangieren. Damit unterscheidet er ebenfalls zwischen lediglich partiellen Reformen und Veränderungen und „von vornherein [...] *gesamtgesellschaftliche[n]*“ Wandlungsprozessen, die

vermag auch der Versuch, Transformation metaphorisch zu lesen, wenig zu überzeugen: Reißig zufolge „bezieht sich Transformation [...] auf ‚Übergänge‘, ‚Umwälzungen‘ von ‚Formationen‘, ‚Systemen‘ (‚Trans‘ und ‚Formation‘ als die beiden Metaphern der Kategorie ‚Transformation‘)“<sup>55</sup>. Die politikwissenschaftliche Forschung hat für diese Umwälzungen jedoch bereits den Begriff des Systemwechsels generiert und diesen als „Übergang von einem Regimetyt zu einem anderen“<sup>56</sup> definiert. Zum anderen existieren klare Semantiken für die Begriffe Transformation („Umwandlung, Umformung, Umgestaltung oder Übertragung“) und Formation („bestimmte Anordnung, Aufstellung, Verteilung“<sup>57</sup>), die eben nicht zielgerichtet und auf ein System beschränkt, sondern universell und offen sind.

In summa kann gesagt werden, dass in der Forschungsliteratur zumindest dahingehend weitgehende Einigkeit herrscht, dass es sich bei den osteuropäischen Transformationen um Übergänge „von einem Ordnungssystem zu einem grundsätzlich anderen System“<sup>58</sup>, das heißt um einen System- bzw. Regimewechsel handelt.

Er [der Systemwechsel, Anm. d. Verf.] beinhaltet die Auflösung der alten und den Aufbau einer neuen politischen Herrschaftsstruktur. Grundlegende Strukturen, Funktionen und Integrationsmechanismen werden ersetzt. Systemwechsel sind also zunächst mit erheblicher *Entdifferenzierung* („Auflösung“) der alten Institutionen und anschließender *Redifferenzierung* („Aufbau“) verbunden. In diesem Prozeß der erneuten Differenzierung werden neue politische Strukturen aufgebaut, die nun in Übereinstimmung mit den demokrati-

„auf einen Wechsel der konstitutiven Formbestimmtheiten gesellschaftlicher Re- und Neuproduktion“ (Ebd., S. 33; Hervorh. im Orig.; vgl. Gensicke 1998, S. 16) zielen. Ferner hat Kollmorgen zwei Typen dieser grundlegenden Wandlungsprozessen spezifiziert, die nach Dauer und Form der Übergänge differieren: Ein erster Typ, der sich überwiegend unbewusst und innerhalb eines sehr langen Zeitraums (Jahrhunderte) vollzieht und ein zweiter, der durch bewusste, innerhalb von 40 bis 55 Jahren abgeschlossene Wandlungsprozesse gekennzeichnet ist (Kollmorgen 2005b, S. 41). Kollmorgen dazu: „Weltgeschichtlich müssen [...] zwei Typen von Formations- bzw. Gesellschaftsformwechseln unterschieden werden: ein *erster Typ von Transformation*, der vielfältig ansetzt (demographisch, sozioökonomisch, militärisch, sozio-kulturell), sich in einer Reihe von langfristigen, oft überlappenden Teilprozessen und Zyklen gesamtgesellschaftlich überwiegend *unbewusst*, aber dennoch gerichtet vollzieht, wobei er markante Einstiege, Wendepunkte und symbolisch überhöhte Abschlüsse besitzen kann, aber nicht muss. Hierunter fallen z. B. die von Marx analysierten Formationsübergänge, herausgehoben der vom Feudalismus zur ‚modernen bürgerlichen Gesellschaft‘ in einem Zeitraum von annähernd 300 Jahren. Ein *zweiter Typ von Transformation* trat zuerst Mitte, Ende des 19. Jahrhunderts im Kontext von Ausstrahlung und systematischer Expansion der westlichen Moderne, d. h. mit der Schaffung eines echten Weltmarktes, imperialistischer Politiken und dem darauf bezogenen Bewusstsein eines Auf- bzw. Nachholen-Müssens auf. Prototypisch für diesen zweiten Typ sind [...] die Meiji-Restauration in Japan, die realsozialistischen sowie die postsozialistischen Transformationen in Europa“ (Ebd., S. 33; Hervorh. i. Orig.).

<sup>55</sup> Reißig 1994, S. 324.

<sup>56</sup> Nohlen 2005, S. 1006.

<sup>57</sup> Bibliographisches Institut GmbH: Formation, in: Duden online. Web, letzter Zugriff 23.10.2012 und Duden. Das große Fremdwörterbuch 1994, S. 1380.

<sup>58</sup> Merkel 1999, S. 15.

schen und rechtsstaatlichen Prinzipien und Normen stehen und gegenüber der gesellschaftlichen Umwelt viel offener sind.<sup>59</sup>

Mit dieser Definition wird aber nicht nur die Art des Wandlungsprozesses definitorisch festgelegt, sondern auch ihr Ziel, die Errichtung einer Demokratie. Die wissenschafts-immanente Konzentration auf dieses Ziel bzw. auf das Muster oder den Pfad der Umgestaltung ist dabei keineswegs allein den osteuropäischen Umwälzungen ab Mitte der 1980er Jahre geschuldet. Bereits in den 1970er Jahren wurden in der politikwissenschaftlichen Systemwechselforschung in der Hauptsache *langfristige* Übergänge von autoritären und totalitären Regimen zu Demokratien erforscht. Demnach galt der Systemwechsel als abgeschlossen, sobald „die Institutionen der repräsentativen Demokratie“<sup>60</sup> errichtet worden waren.

Die weitere Konzentration auf diese spezifische Form des Übergangs erklärt sich laut Nohlen aus einer globalen Entwicklung, der weltweiten „Rückkehr zur Demokratie“<sup>61</sup>. Im Zeitraum zwischen 1974 und 1998 hat der Politikwissenschaftler insgesamt achtundsiebzig Systemwechsel gezählt<sup>62</sup>. Die Mehrzahl dieser Systemwechsel war, wie Nohlen ebenfalls festhält, „durch eine beachtliche Uniformität in der Zielvorstellung der politischen Entwicklung“<sup>63</sup> gekennzeichnet. Ziel war die Errichtung einer pluralistischen Demokratie, womit das spezifische Muster des Übergangs fest mit einem politischen Prinzip verbunden war – der Demokratisierung.

Diese Zielvorstellung beinhaltet aber nicht nur ein spezifisches politisches Prinzip. Spätestens seit den Arbeiten von Seymour Martin Lipset (1953) gelten die ökonomischen Bedingungen als eine wesentliche Voraussetzung gelingender Demokratisierung. Von Merkel wie folgt zusammengefasst, hat Lipset „*die* fundamentale Erfolgsbedingung der Demokratisierung benannt“:

Gestiegener gesellschaftlicher Wohlstand vermindert extreme ökonomische Ungleichheit, schwächt Standes-, Klassen- und Statusunterschiede, mäßigt den politischen Extremismus der unteren wie der oberen Schichten und stärkt die Mittelschichten, die nach demokratischer Mitsprache verlangen. Als ein Nebenprodukt erfolgreicher wirtschaftlicher Entwicklung sieht Lipset ganz im Sinne von Tocqueville die Neigung der Bürger wachsen, sich in unabhängigen zivilen Vereinigungen zu engagieren, welche die politische Beteiligung erhöhen, demokratische Werte und Fähigkeiten stärken und den Staat oder andere dominierende Kräfte daran hindern, die bürgerlichen wie politischen Freiheiten einzuschränken.<sup>64</sup>

Nicht zuletzt die konstant zu beobachtende Unzufriedenheit mit der praktischen Umsetzung der Demokratie in den neuen Bundesländern aufgrund des nicht eingetretenen wirtschaftlichen Aufschwungs („Wohlstands für alle“) macht deutlich, dass ökonomischen Faktoren für die Bewertung des Transformationsprozesses eine zentrale Rolle

<sup>59</sup> Ebd., S. 119; Hervorh. im Orig.

<sup>60</sup> Nohlen 2005, S. 1006.

<sup>61</sup> Ebd.

<sup>62</sup> Vgl. ebd.

<sup>63</sup> Ebd.

<sup>64</sup> Merkel 2003, S. 213 f.; Hervorh. im Orig.



spielen<sup>65</sup>. Aber nicht nur für die Bewertung, auch für das Gelingen von Systemwechseln sind nicht nur politisch-institutionelle Faktoren verantwortlich. Dittrich bemerkt dazu:

Die Diskrepanzen zwischen den vorherrschenden Erwartungen in der Bevölkerung und den Eliten der Transformationsstaaten und den Problemlagen und Entwicklungen in den Transformationsgesellschaften traten immer offensichtlicher zutage. Der Transformationsverlauf hatte zugleich frühere Modellannahmen in den westlichen Sozialwissenschaften bestätigt, viele aber eben in Frage gestellt. So die vom schnellen Anpassungs- und Angleichungsprozeß, vom ostdeutschen Transformationsfall als ausschließlichen Sonderfall und günstigster Transformationsvariante, von der geringen Wirkungskraft der in der Ausgangsgesellschaft liegenden sozio-kulturellen Kontexte, von der flexiblen Anpassungs- und Lernfähigkeit der westlichen Institutionenordnung oder von der Folgenlosigkeit der Transformation im Osten für die Wandlungen im Westen.<sup>66</sup>

Der Politikwissenschaftler steht mit seiner Einschätzung nicht allein. Für die Systemwechsel der 1970er Jahre betont Nohlen, dass die Übergänge zur Demokratie nicht in jedem Fall gelangen: „In Afrika und Asien blieb es häufig bei Wahlen, die manipuliert wurden und der Verschleierung weiter bestehender oder neuer autoritärer Herrschaftsverhältnisse dienen“<sup>67</sup>. Und Kollmorgen konstatiert, dass gerade das Beispiel der postsozialistischen Transformationen in Europa zeige, dass es erfolgreiche, verzögerte, langsame und defizitäre Entwicklungen gegeben habe und in keinem Land „Duplikate des Westens“ entstanden seien. „Wirtschaftsordnungen, politische Systeme und Sozio-Kulturen *erhielten* im doppelten Sinne ihre *Eigenheiten*“<sup>68</sup>. Auch Dittrich ist der Auffassung, dass Wandlungsprozesse theoretisch nicht vorherbestimmbar sind, sie seien „komplexer als unsere Theorien“<sup>69</sup>:

Transformationsprozesse verlaufen nicht linear und drücken sich in höchst unterschiedlichen Pfaden aus. Diese Pfadabhängigkeit hängt einerseits mit den spezifischen Traditionen, sprich unterschiedlichen Formen des Staatssozialismus und seinen Vorgeschichten zusammen sowie andererseits mit den unterschiedlichen Positionen in den aktuellen weltwirtschaftlichen und weltgeschichtlichen Zusammenhängen.<sup>70</sup>

Damit wird zwar zwischen der Zielvorstellung und der Zielbekanntheit differenziert. In summa bleiben die Wandlungsprozesse aber auf eine Form des Übergangs, nämlich auf den des demokratisch *intendierten* Regimewechsels reduziert. Dass dadurch „andere Gesellschaftsform(ations)wechsel“ wie die postfeudalistischen oder realsozialistischen „von vornherein exkludiert werden“, kann erkenntnistheoretisch nicht „befriedigen“<sup>71</sup>,

<sup>65</sup> Zur Reaktivierung von Ludwig Erhards Wahlkampfslogan ‚Wohlstand für alle‘ (1957) vgl. Küsters/Hofmann 1998, S. 752. Zu Helmut Kohls Versprechen von den ‚blühenden Landschaften‘ vgl. Kohl 1990. Zum ‚Rückgang der Demokratiebejahung vgl. Pollack 2000, S. 20 und 2006, S. 5 f.

<sup>66</sup> Reißig 2000, S. 4.

<sup>67</sup> Nohlen 2011, S. 619 f.

<sup>68</sup> Kollmorgen 2005b, S. 26; Hervorh. im Orig.

<sup>69</sup> Dittrich 2005, S. 86.

<sup>70</sup> Ebd., S. 89.

<sup>71</sup> Kollmorgen 2005b, S. 40.

wie Kollmorgen betont. Historisch weiter zurückreichende, und vor allem nicht auf die westliche Moderne beschränkte Übergänge werden konzeptuell ausgeschlossen.

Wie bereits erwähnt, stehen in dieser Arbeit aber nicht die erkenntnistheoretischen Defizite im Blickpunkt des Interesses, sondern die Auswirkungen der Dominanz des Demokratiebegriffes auf die Wahrnehmung der Wandlungsprozesse in Ostdeutschland. Dabei interessieren nicht nur die Konsequenzen nach den postsozialistischen Umwälzungen, sondern auch die Folgen der Prävalenz vor dem Systemwechsel von 1989/90. Diese werden vor allem im zweiten Teil dieser Arbeit relevant, in der die Ausgangsgesellschaft der Transformationsprozesse im Zentrum der Analysen steht.

Laut Nohlen und Von Beyme wurden mit Beginn der 1970er Jahre zwar Wandlungsprozesse innerhalb der sozialistischen Staaten wahrgenommen. Die „Anzeichen der Veränderung verdichteten sich“ aber nicht „zu Zusammenbruchsprognosen, sondern zu Theorien des Systemwandels“<sup>72</sup>; „für die realsozialistischen Systeme“ galt „die Annahme ihrer Dauerhaftigkeit und die Erwartung einer längerfristigen Koexistenz mit den bürgerlichen Demokratien bei gleichzeitiger intersystemarer Entspannung“<sup>73</sup>. Die Systemwechsel Ende der 1980er Jahre kamen von daher nicht nur unvorhergesehen, sondern überraschten auch hinsichtlich der Schnelligkeit der ablaufenden Prozesse. Bis zu diesem Zeitpunkt wusste man vergleichsweise viel über langfristige Demokratisierungen und den Zusammenbruch von Demokratien, über den „breakdown of dictatorship“<sup>74</sup> hingegen relativ wenig.

Für die Außenwahrnehmung der DDR bedeutete das, wie Schuller 2006 in einem Vortrag über die „DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland vor der Wiedervereinigung“ kritisierte, dass „der Repressions- und Diktaturcharakter des SED-Regimes“ seit den 1970er Jahren zunehmend „in den Hintergrund“<sup>75</sup> getreten und die DDR vorwiegend immanent, das heißt aus sich selbst heraus erklärt worden ist<sup>76</sup>. Auch auf Teile der feministischen Forschung und der Frauenbewegungen der alten und neuen Bundesrepublik trifft diese Kritik zu, wie in dieser Arbeit gezeigt werden wird.

Die Gleichstellungsrhetorik der DDR wurde von außen nur selten in Frage gestellt. Mehr noch, zwischen Selbst- und Fremdbeschreibung bestand eine beachtliche Kongruenz. Auch mit Blick von außen galt die DDR trotz Einschränkungen vielfach als der fortschrittlichere Staat und wurden die DDR-Frauen als Vorreiterinnen im Kampf um Emanzipation und Gleichberechtigung angesehen (vgl. Kap. 3 u. 4). System- oder gar diktaturspezifische Fragen jenseits der Bedingungen für die Realisierung der Gleichberechtigung sind in den Analysen dagegen kaum relevant.

<sup>72</sup> Beyme/Nohlen 1991, S. 691.

<sup>73</sup> Ebd., S. 690.

<sup>74</sup> Beyme/Nohlen 1991, S. 691. Vgl. dazu auch Dittrich 2005, S. 85; Merkel 2003, S. 209.

<sup>75</sup> Schuller 2006.

<sup>76</sup> Ebd. Zur detaillierten Darstellung dieses sogenannten ‚Wertfreiheitsproblems‘ in der westdeutschen DDR-Forschung vgl. Hüttmann 2008, S. 195 ff.

### 2.1.1 Das modernisierungstheoretische Paradigma

Auch wenn die Konzentration auf die Erforschung von Demokratisierungsprozessen „zu vielen höchst ergiebigen Vergleichsanalysen“<sup>77</sup> geführt hat, wie Kollmorgen feststellt, so sind die, nach den 1990er Jahren geführten Diskussionen zunehmend von Stimmen geprägt, die eine Reformierung des, auf die westliche Moderne (Demokratie) beschränkten Denkmodells fordern<sup>78</sup>. Denn Modernisierung wird in diesem Modell als Demokratisierung und laut Stojanov wie folgt „lediglich als Übernahme des Vorbildes der hochentwickelten kapitalistischen Industriegesellschaften“ verstanden:

Eine der zentralen Annahmen besteht darin, dass im Laufe des Modernisierungsprozesses alle Gesellschaften ein *universales* Entwicklungsmuster ausbilden, das sich ungeachtet regionaler und temporärer Gegentendenzen durchsetzt. Dementsprechend waren in den Konzepten, die von solchen Annahmen ausgingen, die einzelnen Aspekte der Modernisierung – die ökonomischen, die politischen, die soziokulturellen usw. – historisch am Vorbild der kapitalistischen Industrialisierung Westeuropas [...] orientiert.<sup>79</sup>

Den theoretischen Grundstein zu dieser, von Stojanov kritisierten Auffassung von Entwicklung legte Talcott Parsons (1902-1979). Wie im Folgenden von Merkel zusammengefasst, entwarf Parsons das Theorem von der ‚funktionalen Differenzierung‘, mit dem die Entwicklung „von traditionellen zu modernen Gesellschaften als Ausdifferenzierung von sozialen Teilsystemen“ beschrieben wird:

Ausgehend von der industriellen Revolution, differenzierten sich in den westlichen Gesellschaften Ökonomie und politische Herrschaft, politisches System und zivile Gesellschaft; überdies wurden religiöse Begründungen von sozialen Normen abgelöst. Mit diesem Differenzierungsprozess hat sich die Grundstruktur moderner Gesellschaften herausgebildet.<sup>80</sup>

Die Herausbildung dieser Grundstruktur wird von Parsons als zwangsläufiger „Ausbruch“ aus der ‚primitiven‘ Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung<sup>81</sup>, als evolutionärer Prozess verstanden<sup>82</sup>. Der Soziologe ist der Meinung, dass nur Gesellschaften, die bestimmte „evolutionäre Universalien“, wie beispielsweise Geld- und Marktorganisation, aber auch ein „System der ausdrücklichen kulturellen Legitimation differenzierter gesellschaftlicher Funktionen“<sup>83</sup> anstelle verwandtschaftlicher Bezüge entwickeln, das

<sup>77</sup> Kollmorgen 2005b, S. 27.

<sup>78</sup> Vgl. u. a. Kollmorgen 2005b, S. 21 f.; Stojanov 2003, S. 61 f.; Reißig 1994, S. 323 f.

<sup>79</sup> Stojanov 2003, S. 62.

<sup>80</sup> Merkel 2003, S. 211; vgl. i. Orig. Parsons 1971a, S. 47 f.

<sup>81</sup> Parsons 1971b, S. 58.

<sup>82</sup> Vgl. ebd., S. 55 f. Parsons geht davon aus, dass es sich bei der Herausbildung der Grundstruktur moderner Gesellschaften um eine „Entwicklung oder ‚Erfindung‘“ handelt, „die für die weitere Evolution so wichtig ist, dass sie nicht nur an einer Stelle auftritt, sondern dass mit großer Wahrscheinlichkeit mehrere Systeme unter ganz verschiedenen Bedingungen diese ‚Erfindung‘ machen“ (ebd., S. 55).

<sup>83</sup> Ebd., S. 58.

„Prinzip der natürlichen Auslese“ überleben. Zwar wären auch niedere Systeme „nicht zum Untergang verdammt“. Sie blieben aber stets abhängig von den höheren und stellten insgesamt „keine ernsthafte Bedrohung der höherentwickelten Systeme“<sup>84</sup> dar.

Einen besonderen Stellenwert unter den evolutionären Universalien nehmen bei Parsons die demokratischen Institutionen ein. Nur sie sind in der Lage, Macht und Herrschaft tatsächlich zu legitimieren und darüber die Mitglieder einer Gesellschaft zu integrieren. „Es ist mir klar“, schreibt Parsons, „was aus dieser Auffassung folgt: nämlich daß es die totalitäre kommunistische Organisation langfristig wahrscheinlich mit der ‚Demokratie‘ und ihren politischen und integrativen Kapazitäten nicht voll aufnehmen kann“:

Ich stelle tatsächlich die Prognose, dass sich die kommunistische Gesellschaftsorganisation als instabil erweisen wird und entweder Anpassungen in Richtung auf die Wahlrechtsdemokratie und ein pluralistisches Parteiensystem machen oder in weniger entwickelte und politisch weniger effektive Organisationsformen ‚redigieren‘ wird; im zweiten Fall würden sich die kommunistischen Länder viel langsamer weiterentwickeln als im ersten Fall. Diese Voraussage stützt sich nicht zuletzt darauf, dass die Kommunistische Partei überall die Aufgabe betont hat, das Volk für eine neue Gesellschaft zu erziehen [...]. Langfristig wird ihre Legitimität bestimmt untergraben, wenn die Parteiführung weiterhin nicht willens ist, dem Volk zu *vertrauen*, das sie erzogen hat. In diesem Zusammenhang aber heißt dem Volk vertrauen: ihm einen Teil der politischen Verantwortung anzuvertrauen.<sup>85</sup>

Dass Parsons mit seiner Prognose Recht behalten sollte, zeigt beispielsweise Geißlers Arbeit zur „Sozialstruktur Deutschlands“ (2006), worin der DDR – abgesehen vom Gleichstellungsvorsprung – in der sozialstrukturellen Entwicklung weitreichende „Modernisierungsrückstände“<sup>86</sup> diagnostiziert werden. Und auch Ahbe/Gries, die für die DDR eine fundierte Generationenanalyse vorgelegt haben, auf die ich im Laufe dieser Arbeit immer wieder zurückgreifen werde, attestieren sowohl dem Ulbricht- als auch dem Honecker-Regime eine „habitualisierte Unfähigkeit“<sup>87</sup>, der Bevölkerung Vertrauen zu schenken. Dieses Misstrauen führte zu einer folgenreichen Entwicklungsblockade und einem Stillstand in der Kommunikation zwischen Partei und Bürger, der auch von Maxie Wander in ihrem Dokumentarband *Guten Morgen, du Schöne* (1997) beschrieben wird (vgl. insbesondere Kap. 4.4.1).

Dass aber die verschiedenen Teilsysteme einer Gesellschaft nicht unabhängig voneinander existieren können und beispielsweise das politische (Teil-)System und die zivile Gesellschaft miteinander kommunizieren müssen, darauf hat Niklas Luhmann (1927-1998) aufmerksam gemacht. Ein wesentliches Merkmal moderner Gesellschaften ist Luhmann zufolge deren zunehmende Komplexität<sup>88</sup>. Für das Theorem der funktionalen Differenzierung bedeutet das, „dass die verschiedenen Subsysteme der Gesellschaft wie Wirtschaft, Politik, Wissenschaft oder Rechtssprechung immer mehr ausgebaut

<sup>84</sup> Ebd., S. 56.

<sup>85</sup> Ebd., S. 71; Hervorh. im Orig.

<sup>86</sup> Geißler 2006, S. 364 ff.

<sup>87</sup> Ahbe/Gries 2006a, S. 93 f.

<sup>88</sup> Vgl. Luhmann 1967, S. 104 ff. und 1985, S. 47 ff.

werden und sich immer weiter spezialisieren (Ausdifferenzierung des Rechts in verschiedene Bereiche wie Zivilrecht, öffentliches Recht, Strafrecht etc.), untereinander jedoch in einem funktionalen, d.h. wechselseitig aufeinander ausgerichteten Zusammenhang bleiben<sup>89</sup>, wie Treibel an dieser Stelle zusammenfasst.

Luhmann enthierarchisiert dabei die Ordnung der gesellschaftlichen Teilsysteme und nivelliert die dominierende Bedeutung des politischen Systems<sup>90</sup>. Demnach existieren die Teilsysteme einer Gesellschaft gleichrangig nebeneinander und bilden als selbstreferentielle, autopoietische Teile die Gesamtgesellschaft<sup>91</sup>. Die Teilsysteme sind ebenso wie ihre Kommunikation offen und geschlossen zugleich<sup>92</sup>. Jedes Teilsystem steht zwar im Kontakt mit seiner Umwelt, den übrigen Funktionssystemen, es bildet jedoch auch ein eigenes, nach außen geschlossenes „Sinnsystems“<sup>93</sup> heraus, das durch einen für das jeweilige System spezifischen Kommunikationscode aufrechterhalten, reproduziert und gegen Interventionen von außen weitestgehend geschützt wird<sup>94</sup>.

Wird der systemspezifische Code durch politische und (quasi-)religiöse Übergriffe gestört, kann das System nicht mehr effizient arbeiten und wird destabilisiert. Merkel beschreibt die Folgen dieser Interventionen am Beispiel der kommunistischen Systeme wie folgt: „Durch die künstliche und gewaltsame Installierung des kommunistischen Staates als allzuständige Spitze der Gesellschaft wurden deren Teilsysteme zu eng an die Politik angekoppelt. Der spezifische Kommunikationscode der Teilsysteme wurde aufgehoben. Effizienzverluste und Funktionskrisen in den Teilsystemen waren die Folge“<sup>95</sup>.

Bei den post-sozialistischen Systemtransformationen handelte es sich systemtheoretisch betrachtet folglich um Dezentralisierungsprozesse. „Ein politisch hochzentralisiertes System und eine Zentralverwaltungswirtschaft müssen in die stärker dezentral organisierten Formen einer westlich modernen Gesellschaft überführt werden“<sup>96</sup>, wie Gensicke schreibt. In der feministischen Forschung wurde und wird im Gegensatz zu dieser modernisierungstheoretischen Logik aber nicht die DDR, sondern die alte Bundesrepublik als rückständig angesehen. Die DDR galt und gilt aufgrund der Erwerbsintegration von Frauen bis heute vielfach als fortschrittlicher in Fragen der Gleichberechtigung als die alte Bundesrepublik. Dies nährte unmittelbar nach dem Zusammenbruch des DDR-Systems, etwa bei Rosenzweig und Nickel, die Auffassung, dass das westliche Modell die ostdeutschen Frauen mit einer für sie bis dahin unbekanntem „Platzanweiserfunktion“<sup>97</sup> konfrontiert und sie in den „Modernisierungsstrudel“<sup>98</sup> des Westens

<sup>89</sup> Treibel 2006, S. 29 f.

<sup>90</sup> Vgl. Luhmann 1985, S. 39; Merkel 2003, S. 212.

<sup>91</sup> Vgl. Luhmann 1985, S. 593 ff.

<sup>92</sup> Vgl. ebd. 1990, S. 83.

<sup>93</sup> Luhmann 1985, S. 59 u. 603.

<sup>94</sup> Vgl. Luhmann 1990, S. 75 ff.; Krause 1996, S. 39 ff.; Merkel 2003, S. 212.

<sup>95</sup> Merkel 2003, S. 212.

<sup>96</sup> Gensicke 1998, S. 17.

<sup>97</sup> Nickel zit. nach Rosenzweig 2000, S. 230.

<sup>98</sup> Nickel 1995, S. 26. Mit ‚Modernisierungsstrudel‘ meint Nickel, dass zur Zeit der postsozialistischen Umwälzungen auch das westliche Normen und Institutionengefüge bereits im Wandel begriffen und in seine „nachfordistische Phase“ eingetreten war. Nickel spricht deshalb auch von der „Transformationskrise“ (ebd., S. 26) des Westens und mit Blick auf

gerissen habe. Von erzwungenen „Re-Traditionalisierungstendenzen“<sup>99</sup> ist dabei die Rede und, (inzwischen überwiegend) positiv gewendet, vom ‚Eigensinn‘ (Nickel) ostdeutscher Frauen und ihrem Festhalten an progressiven DDR-Geschlechterarrangements (Dölling).

Obwohl in nahezu allen Studien und Analysen zur Lage der Frauen in der DDR vor und nach dem Systemwechsel gleichzeitig einhellig festgestellt wird, dass Frauen in der DDR ebenfalls benachteiligt und beispielsweise in Führungspositionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft unterrepräsentiert waren, geschlechtsspezifische Segregationen ergo bereits in der Ausgangsgesellschaft existent waren<sup>100</sup>, gilt die bloße Integration der ostdeutschen Frauen in die Erwerbsarbeit wie bei Rosenzweig als „konsequente[...] Umsetzung der klassischen sozialistischen Emanzipationstheorie“<sup>101</sup>. Sowohl in systemtheoretischer als auch in politischer Hinsicht erweist sich diese Auffassung jedoch als erheblich indifferent.

Allein aufgrund der diktatorischen Verfasstheit des Staates stellt sich zum einen bereits die Frage, wie unter Herrschaftstechniken der Gleichschaltung und des erzwungenen Gehorsams überhaupt ein Emanzipationsgedanke verwirklicht werden konnte? Während innerhalb der männlich dominierten DDR-Forschung deshalb ab Mitte der 1990er Jahre Fragen der Herrschaftsausübung und ihre Auswirkung auf die Bevölkerung zum Teil vehement und in jedem Fall kontrovers diskutiert wurden<sup>102</sup>, war die Antwort in weiten Teilen der feministischen Forschung einhellig. DDR-Frauen waren sowohl Nutznießerinnen als auch Objekte paternalistischer Bevormundungen. Das Regime verhalf ihnen einerseits zu ökonomischer Selbständigkeit und zu Selbstbewusstsein und sicherte sich andererseits mithilfe der Frauen die Reproduktion der Gesellschaft.

Jenseits dessen scheint die Politisierung aller Funktionsbereiche kaum Einfluss auf die Erwerbstätigkeit der Frauen, ihr Verhalten und ihre Einstellungen gehabt zu haben. Fragen der Folgen diktatorischer Herrschaftsausübung auf die Bevölkerung wurden ausschließlich im ‚Malestream‘ diskutiert. DDR-Frauen sind selbstbewusst, lautet dagegen eine wesentliche Säule der Erzählung vom Gleichstellungsvorsprung, die zu DDR-Zeiten begründet wurde und die den Systemwechsel überdauert hat (ausführlicher zum Leitmotiv des Selbstbewusstseins vgl. Kap. 3.3). Gerade mit Blick auf modernisierungstheoretische Erklärungsansätze entsteht an dieser Stelle der Eindruck, hier würde

Ostdeutschland von einer ‚doppelten Transformation‘ (Nickel 2001b, S. 312), Bertram von weltweiten Transformationsprozessen (vgl. Bertram 1997b, S. 420) und Kollmorgen/Koch/Dienel von einem „Aufbau Ost und Nachbau West“ (Kollmorgen/Koch/Dienel 2011, S. 14).

<sup>99</sup> Weckwert 2005, S. 23; Dölling 2005, S. 16, 17 u. 23.

<sup>100</sup> Vgl. u. a. Gast 1973; Nickel 1985, S. 148 ff.; Nickel 1988, 1990 und 1993; Gensior/Maier/Winter 1990; Winkler 1990, S. 78 ff.; Hampele 1993; Nickel 1993; Dölling 2005, S. 27.

<sup>101</sup> Rosenzweig 2000, S. 227.

<sup>102</sup> Die Deutungsangebote reichten von der totalitären Herrschaft und der daraus folgenden Anpassung, Obrigkeitshörigkeit und ‚Versorgungsmentalität‘ der Bevölkerung bis zur ‚durchherrschen‘, bloß autoritären Gesellschaft und der Resistenz, der Nicht-Anpassung und dem Anspruch auf Emanzipation ihrer Mitglieder (exemplarisch für die Diskurse vgl. Jesse 1994; Mayer/Diewald 1996; Pollack 1997; Wolle 1997 u. 1999; Lindenberger 2000).

mit zweierlei Maß gemessen. Auch mit Blick auf den Begründer der These vom Gleichstellungsvorsprung ostdeutscher Frauen, Rainer Geißler, stellt sich die Frage, warum er die Arbeitsgesellschaft der DDR grundsätzlich als defizitär erachtet<sup>103</sup>, die Vergesellschaftung der Frauen durch Arbeit aber als modern?

Geißler begründet den Gleichstellungsvorsprung ostdeutscher Frauen u. a. mit der „Qualifikationsstruktur“ der DDR, die moderner war als in der alten Bundesrepublik: „Die Versorgung der Bevölkerung mit beruflichen Grundqualifikationen war in der DDR besser, und auch der Akademikeranteil war etwas größer“<sup>104</sup>. Diese Aussage könnte angesichts der Daten und Fakten zur Integration der Frauen in die Erwerbsarbeit vorbehaltlos verifiziert werden, müssten diese Zahlen nicht vor dem Hintergrund gelesen werden, dass die DDR eine Diktatur und eben keine demokratisch verfasste Gesellschaft gewesen ist.

Die Landesjustizverwaltungen der neuen Bundesländer haben beispielsweise den Fall einer Berufsschullehrerin dokumentiert, deren Arbeitsverhältnis aufgelöst wurde, „weil sie der Forderung an einen sozialistischen Lehrer bei der bewußtseinsmäßigen Erziehung der ihr anvertrauten Lehrlinge nicht mehr gerecht wurde. [...] Die Angeklagte ist seitdem Hausfrau, da sie es ablehnt, eine andere Tätigkeit aufzunehmen“<sup>105</sup>. Grund für ihre Entlassung war, dass „Brigitte B.“ an den Volkskammerwahlen 1986 nicht teilnahm. In einer Publikation des westdeutschen Vereins *Hilferuf von Drüben e.V.* machte die Lehrerin schließlich auf ihr Schicksal aufmerksam, was in der DDR wiederum als „versuchte[...] landesverräterische[...] Nachrichtenübermittlung“<sup>106</sup> mit einer Freiheitsstrafe von drei Jahren geahndet wurde.

Bereits hier deutet sich an, dass die Versorgung mit Erwerbsarbeit in der DDR nicht voraussetzungsfrei erfolgte. Und auch im folgenden Urteilstext wird deutlich, dass fachliche Qualifizierungen ihren Wert verloren, sobald die Qualifizierten ihre politische Loyalität verweigerten. Im Urteilstext von 1988 heißt es:

Trotz der von ihr [der Lehrerin, Anm. d. Verf.] umfassend genutzten Möglichkeiten, in unserem Staat eine hohe Bildung und umfangreiche fachliche Qualifizierung zu erreichen [...], hat die Angeklagte eine Entwicklung genommen, durch die sie zunehmend den Forderungen, die an eine sozialistische Lehrerpersönlichkeit gestellt werden, nicht mehr gerecht wurde.<sup>107</sup>

Man mag dieses Beispiel für einen Einzelfall halten, denn schließlich sind im Laufe der Geschichte der DDR ‚lediglich‘ etwa 250.000 Menschen aus politischen Gründen strafrechtlich verurteilt und inhaftiert worden<sup>108</sup>. Dieser Einzelfall ist aber in seiner Urteilsbegründung durchaus repräsentativ für die politische Strafjustiz der DDR der 1980er Jahre, wie es in der Broschüre der Landesjustizverwaltungen ferner heißt: Es seien „typische‘ Früchte der politischen Strafjustiz“, die zudem deutlich machten, „daß

<sup>103</sup> Geißler 2006, S. 365.

<sup>104</sup> Ebd., S. 363.

<sup>105</sup> Die Landesjustizverwaltungen der Länder Berlin et al. 1996, S. 158.

<sup>106</sup> Ebd., S. 157.

<sup>107</sup> Ebd.

<sup>108</sup> Böger 2003, S. 7.

es keine Materie des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens gab, die dem Zugriff des Maßnahmestaates entzogen war“<sup>109</sup>.

Dabei handelt es sich an dieser Stelle nur um die Fälle „sichtbare[r] berufliche[r] Repression“<sup>110</sup>, wie Kneipp es ausdrückt. Die Anzahl ‚unsichtbarer‘ beruflicher Ausgrenzungen war ungleich höher. Diese sind der Autorin zufolge jedoch schwerer zu systematisieren, da es hier weder ein einheitliches Vorgehen noch einheitliche Regelungen gab. So wurde zum einen bereits im Vorfeld der Berufswahl an Schulen vorbeugend versucht, „widerständige Strömungen zu erkennen und zu verhindern“<sup>111</sup>. Eine externe Berufslenkungscommission ‚beriet‘ jede/n Schüler/in sowohl eingedenk der jeweils aktuellen Erfordernisse in der sozialistischen Produktion als auch angesichts der politischen Einstellung der/des Schülerin/Schülers. Antisozialistischen Tendenzen in Schlüsselfunktionen von Staat und Wirtschaft sollte so von vornherein entgegengewirkt werden.

„In den Augen vieler DDR-Einwohner hatte die Berufslenkung den positiven Aspekt, dass man einen relativ sicheren Arbeitsplatz hatte. Als Kehrseite davon war es schier unmöglich, bestimmte Berufe zu ergreifen; es bestand also ein strukturelles Berufsverbot“<sup>112</sup>, lautet Kneips Fazit. Als weitere ‚unsichtbare‘ Eingriffe ins Berufsleben benennt die Politologin „sowohl Beförderungen und ‚Kaderentwicklungspläne‘ auf der einen, als auch einfache Umsetzungen missliebiger ‚Werkstätiger‘, die Verhinderung beruflicher Entwicklung, berufliche und finanzielle Zurücksetzung oder die Vermehrung der Zahl der Vorgesetzten auf der anderen Seite“<sup>113</sup>.

Weiter beinhaltete berufliche Ausgrenzung über einen bloßen Wechsel des Arbeitsplatzes hinaus einen Wechsel der Arbeitstätigkeit, um die Betroffenen zu schwächen und ihre Qualifikationen zu vermindern. Es musste sich bei diesen Eingriffen nicht in jedem Fall um eine Entlassung in die Erwerbslosigkeit handeln; in der Regel war die Zuweisung eines neuen, möglichst gut kontrollierten Arbeitsplatzes ein von vornherein eingeplanter Teil des Verfahrens.<sup>114</sup>

Berufliche Ausgrenzung hatte in der DDR Methode. Sie war keine historisch vorübergehende Erscheinung, gegen die protestiert und prozessiert werden konnte<sup>115</sup>, sondern manifester Bestandteil des gesamten Erwerbsarbeitssystems. Wie immer die Diktatur in der DDR charakterisiert wird, als „Erziehungs-, Sicherungs- oder Entwicklungsdiktatur“, die Konsequenzen sind Steinbach zufolge in jedem Fall dieselben: „Unausweichlich und unvermeidlich dringen Diktaturen in private Sphären vor“<sup>116</sup>. In modernen

<sup>109</sup> Die Landesjustizverwaltungen der Länder Berlin et al. 1996, S. 27.

<sup>110</sup> Kneipp 2006, S. 35.

<sup>111</sup> Ebd., S. 33.

<sup>112</sup> Ebd., S. 33 f.

<sup>113</sup> Ebd., S. 34.

<sup>114</sup> Ebd. Vgl. dazu auch dies. 2009, S. 19 f.

<sup>115</sup> Zu Berufsverboten in der alten Bundesrepublik, den sogenannten Radikalenerlass von 1972 vgl. Braunthal 1992, S. 36 ff.

<sup>116</sup> Steinbach 2002, S. 43. Zur Charakterisierung der DDR-Diktatur vgl. auch Wolle 1997, S. 34 f. und 1999, S. 15 f.; Behrends 2010, S. 41 f.



Diktaturen gäbe es deshalb keinen Schutz vor Verstaatlichung, allenfalls Nischen, die aber jederzeit wieder zerstört oder eingegrenzt werden können.

Steinbach spricht deshalb von der „Preisgabe des Individuums“<sup>117</sup> und der Schutzlosigkeit seiner Entfaltungsräume – die auch die Lehrerin Brigitte B. zu spüren bekam, um auf das obige Beispiel zurückzukommen. Brigitte B. habe sich zur „Durchsetzung ihrer egoistischen Interessen [...] mit den Feinden unseres sozialistischen Vaterlandes verbunden und ihnen [...] Auftrieb und Unterstützung in ihrer ideologischen Diversion gegeben“, heißt es ferner in der Urteilsbegründung. Dabei wäre die Angeklagte „infolge ihres Bildungsstandes, ihres politischen Wissens und ihrer Lebenserfahrung jederzeit in der Lage, die Folgen ihres Handelns als mit schwerwiegenden Auswirkungen für den Staat der DDR [...] verbunden zu erkennen“<sup>118</sup>.

Politische Loyalität, Qualifizierung und Erwerbstätigkeit stehen in diesem Beispiel nicht nur in einem direkten Zusammenhang, politische Loyalität erweist sich für die Erwerbsintegration der Lehrerin auch als bedeutsamer als ihre fachliche Qualifikation. Laut Geißler schwächte aber gerade dieser „politisierte Mechanismus [...] die sozio-ökonomische Leistungskraft“ des Wirtschaftssystems. Die Prädominanz des Politischen im Erwerbsarbeitssystem ist dem Soziologen zufolge Merkmal der „Politisierung des sozialen Ungleichheitsgefüges“<sup>119</sup> und nicht Kennzeichen seiner Modernisierung – wie es im Falle der Integration der Frauen in die Erwerbsarbeits-sphäre aber eigentlich lauten müsste. Dieser Widerspruch zwischen Politisierung und Modernisierung, welcher der These vom Gleichstellungsvorsprung ostdeutscher Frauen inhärent ist, wird aber weder von Geißler noch von den anderen bisher genannten Theoretiker/innen und Befürworter/innen des Theorems thematisiert.

### 2.1.2 Die Bedeutung der handelnden Akteure

Ein weiterer wesentlicher Aspekt, der in der Erzählung vom Gleichstellungsvorsprung ostdeutscher Frauen im Gegensatz zur modernisierungstheoretischen Forschung weitestgehend ausgeklammert wird, ist die Bedeutung der handelnden Akteure. Aufgrund der geschlechtsspezifischen Segregation der Erwerbsarbeits-sphäre entsteht der Eindruck, dass Frauen an der gesellschaftlichen Konstruktion ihrer Wirklichkeit nicht beteiligt gewesen sind, sondern – je nach Standpunkt – lediglich von ihr ‚betroffen‘ waren bzw. von ihr profitiert haben.

Dieser Standpunkt besteht einerseits nicht zu Unrecht, betrachtet man die vertikale Integration von Frauen in die Erwerbsarbeit, das heißt die oberen Führungsgremien von Partei und Gesellschaft. Auf dieser Ebene der handelnden Akteure waren Frauen in der DDR kaum mehr vertreten<sup>120</sup>. Phänomenologisch-soziologisch gesehen, sind Frauen andererseits jederzeit an der Herstellung ihrer Lebenswirklichkeit beteiligt. Die Frage dabei ist allerdings, welche Möglichkeiten, Bedingungen und Umstände das Handeln determinieren.

<sup>117</sup> Steinbach 2002, S. 43.

<sup>118</sup> Die Landesjustizverwaltungen der Länder Berlin et al. 1996, S. 158 f.

<sup>119</sup> Geißler 2006, S. 365.

<sup>120</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 100.

Um Frauen als Handelnde in das Zentrum der Analyse zu stellen, bedarf es folglich keiner Akteurstheorien. Wenn im Folgenden dennoch der Blick auf Akteurstheorien gerichtet wird, dann deshalb, weil mit ihrer Hilfe präzise beschrieben werden kann, welche weiteren Auswirkungen die Demokratisierung Ostdeutschlands auf der handlungspraktischen, alltagsrelevanten Ebene hatte, das heißt, welche spezifischen Bedingungen das Handeln im Transformationsprozess determinierten.

Als Folge der weltweiten Demokratisierungsprozesse etablierte sich innerhalb der politikwissenschaftlichen Systemwechselforschung zunächst ein neuer Forschungszweig, die Transitionsforschung. Sie nahm eine Phasenunterteilung des Systemwechsels in Liberalisierung (Niedergang des autokratischen Systems), Demokratisierung (Errichtung der Demokratie) und Konsolidierung (Festigung der Demokratie) vor<sup>121</sup>. Die Phase der Demokratisierung wird dabei gleichbedeutend als Transitionsphase bezeichnet, womit sich die Transitionsforschung nicht nur auf eine Richtung, sondern auch auf eine Phase des Systemwechsels spezialisiert hat – auf die Institutionalisierung der Demokratie.

Da aber die Errichtung der Demokratie scheitern kann, weil sich laut Dittrich die Ziele des Wandels ändern oder „systemische Umwelten andere werden“ und „Akteure quasi die Seiten wechseln“<sup>122</sup> können, rückten die Akteure, ihre Handlungsmöglichkeiten und Handlungsstrategien sowie ihre Interessen in den Blickpunkt der Untersuchungen. Sie gelten nunmehr als hauptverantwortlich für „Erfolg und Misserfolg von Demokratisierungsprozessen“<sup>123</sup>. Die strukturellen Faktoren bilden nur noch den „Handlungskorridor, innerhalb dessen demokratisch und autokratisch gesinnte Eliten ihre politischen Ziele verfolgen“<sup>124</sup>. Als Akteure gelten folglich nicht alle Beteiligten am Niedergang des autokratischen Systems, sondern nur die im Prozess aktiven Eliten. Die Beteiligung der Massen ist laut Merkel dagegen „ein kurzfristiges, vorübergehendes Phänomen zu Beginn der Transformation“<sup>125</sup>.

Anhand der Elitekonstellationen unterscheidet Nohlen später drei voneinander verschiedene Transitionstypen. Demnach ist der Systemwechsel das „Ergebnis (a) einer Steuerung von oben, durch die alten politischen Eliten, (b) eines Kompromisses zwischen alten und neuen politischen Eliten, und (c) der Implosion des autoritären Regimes und der Ersetzung der alten politischen Eliten durch jene der demokratischen Opposition“<sup>126</sup>.

Die DDR nimmt auch hier eine Sonderrolle innerhalb der postsozialistischen Länder ein<sup>127</sup>. Aufgrund der Wiedervereinigung mit Westdeutschland bestand die Möglichkeit, „in historisch beispiellosem Ausmaß“<sup>128</sup> auf externe Eliten zurückgreifen und die Füh-

<sup>121</sup> Vgl. Merkel 2003, S. 223, Nohlen 2005, S. 1007; Kollmorgen 2005b, S. 36.

<sup>122</sup> Dittrich 2005, S. 91.

<sup>123</sup> Merkel 1999, S. 113.

<sup>124</sup> Merkel 2003, S. 219. Vgl. dazu auch Nohlen 2011, S. 620. Nohlen betont im Gegensatz zu Merkel jedoch, dass ökonomische Krisen „Systemwechsel in jedweder Richtung begünstigen können“ (ebd., S. 621).

<sup>125</sup> Merkel 2003, S. 219.

<sup>126</sup> Nohlen 2005, S. 1007 u. 2011, S. 620.

<sup>127</sup> Vgl. u. a. Merkel 1999, S. 418 f.; Derlien 1998, S. 3.

<sup>128</sup> Derlien 1998, S. 17.

rungspositionen in den neuen Bundesländern nahezu gänzlich neu besetzen zu können. So gesehen war für die Transitionsphase der DDR ein spezifisches Kräfteverhältnis zwischen internen *und* externen Eliten charakteristisch. Das bedeutet, dass der Systemwechsel bis zur Wiedervereinigung 1990 Transitionstyp (c), also das Ergebnis der Implosion des autoritären Regimes und der Ersetzung der alten politischen Eliten durch systemkonforme und systemkritische Gegeneliten war.

Nachdem die Volkskammer mit Wirkung zum 03. Oktober 1990 den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland erklärte, wurde jedoch ein erneuter Elitenwechsel initiiert, so dass „die personelle Repräsentation der neuen Länder in Parlamenten, Regierungen und Spitzenpositionen der Verwaltung“ bereits im November 1990 „überwiegend von anderen Akteuren als denen der Transitionselite wahrgenommen“<sup>129</sup> wurde. Derlien betont jedoch, dass es sich dabei nicht nur um westdeutsche Eliteimporte handelte, sondern um Personen, die zu DDR-Zeiten nicht exponiert genug waren, um zur Elite des Landes gezählt zu werden. Allerdings gilt dies nur bis zur mittleren Leitungsebene von „Ministerien, Gerichten, Rundfunkanstalten, Banken oder Privatunternehmen“<sup>130</sup>. Höhere Elitepositionen in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft wurden dagegen mit Eliteimporten aus dem Westen Deutschlands besetzt<sup>131</sup>.

In theoretischer Hinsicht bedeutet das zunächst, dass für Ostdeutschland ein neuer Transitionstyp entwickelt werden muss, der das Ergebnis der Implosion des autoritären Regimes und der Ersetzung der alten politischen Eliten durch neue interne und externe politische Eliten ist. Die Definition eines eigenen Transitionstyps macht insofern Sinn, als der externe Elitentransfer in der Phase des Aufbaus neuer demokratischer Strukturen nicht historisch beispiellos bleiben muss, wie Derlien das oben konstatiert. So beschäftigt sich seit Jahren eine Forscher/innen/gruppe der Chung-Ang Universität in Seoul mit den Folgen der ost-westdeutschen Transformation, um auf eine etwaige Wiedervereinigung mit Nordkorea vorbereitet zu sein – sofern dies aufgrund der unterschiedlichen Ausgangsgesellschaften und soziokulturellen Kontexte überhaupt möglich ist<sup>132</sup>.

<sup>129</sup> Ebd., S. 9.

<sup>130</sup> Ebd., S. 15.

<sup>131</sup> Vgl. ebd., S. 11 ff.

<sup>132</sup> Im Januar 2003 fand in Zusammenarbeit des Instituts für Interkulturelle und Internationale Studien (InIIS) und des Instituts für kulturwissenschaftliche Deutschlandstudien (IfkuD) der Universität Bremen unter Leitung von Prof. Lothar Probst ein internationales Forschungskolloquium zum Thema „Korea und die Erfahrungen der Wiedervereinigung Deutschlands“ statt. Einundzwanzig südkoreanische Wissenschaftler/innen unter der Leitung von Prof. Kim Nury von der Chung-Ang Universität in Seoul diskutierten mit den Mitarbeiter/innen der Institute über Chancen, Hoffnungen und Folgen der deutschen Wiedervereinigung von 1989 und den Ursachen für die, zwischen 1993 und 1996 einsetzenden ‚Ostalgie‘ (vgl. Mühlberg 2002, S. 232 f.; Institut für Interkulturelle und Internationale Studien: Tätigkeitsbericht des InIIS 2003-2004. Web, letzter Zugriff 18.08.2009 und Institut für kulturwissenschaftliche Deutschlandstudien: Jahresbericht des IfkuD 2002/2004. Web, letzter Zugriff 18.08.2009.) Das Phänomen der ‚Ostalgie‘ war für die koreanischen Kolleg/inn/en insofern „von größerer Bedeutung“, wie Bae konstatiert, „als das deutsche Beispiel künftig auf die koreanische Halbinsel anwendbar sein könnte“ (Bae 2005, S. 144). Auch zwischen nordkoreanischen Flüchtlingen und südkoreanischer Bevölkerung gäbe es Kommunikationsschwierigkeiten.

Auf der normativen und handlungspraktischen Ebene hatte die Form der ostdeutschen Transition noch weitreichendere Konsequenzen. Positiv wertet Derlien beispielsweise, dass in Ostdeutschland eine umfassende politische Säuberung stattgefunden hat. Die „Alt-Elite des Honecker-Regimes“ wurde rigoros abgesetzt. Die „Herrschaft der ‚Stellvertreter‘, wie sie beispielsweise für Russland typisch“<sup>133</sup> wurde, konnte so auch nicht zur Achillesferse der Demokratisierung werden. Gleiches gilt etwa mit Blick auf die Bereiche Recht, Wissenschaft und Verwaltung, die nicht mit Alteliten ‚belastet‘ waren, wie nach 1949 die entsprechenden Bereiche der damals neu gegründeten Bundesrepublik.

Alltagspraktisch wurde und wird der Elitenimport aus dem Westen Deutschlands nicht jedoch als Resultat einer politischen Säuberung und als Hilfe bei der Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der neuen Institutionen verstanden, wie etwa von Derlien, Reißig oder Jesse<sup>134</sup>, sondern vor allem als Annexion und Kolonialisierung. Durch die besondere Form der deutschen Transformation, den darauf zurückzuführenden ost-westdeutschen Elitenaustausch und die Existenz des modernisierungstheoretischen Paradigmas scheint es heute kaum mehr vermittelbar, dass der Einigungsprozess keine Kolonialisierung, sondern ein Schritt in Richtung Modernisierung, der Ineffizienz des alten Systems geschuldet und von den Bürger/inne/n der DDR mehrheitlich demokratisch gewählt worden war.

Hier mangelt es nicht nur an ‚Übersetzungsangeboten‘ aus den Wissenschaften. Es erweist sich als normatives Problem, dass die Auffassung von der ‚nachholenden Modernisierung‘<sup>135</sup> sowohl in der Forschung als auch in der Einigungspolitik dominiert hat und damit, wie Stojanov es ausdrückt, zugleich „wissenschaftliches und politisches Programm“<sup>136</sup> war. Das Deutungsmuster von der „Herrschaft westdeutscher Eliten“<sup>137</sup> ist dabei lediglich ein ‚greifbarer‘ Ausdruck für die Denkfigur von der westlichen Überlegenheit.

Zwar werde in der medialen südkoreanischen Öffentlichkeit zunehmend über das nordkoreanische Flüchtlingselend berichtet. Im südkoreanischen Alltag stießen die nordkoreanischen ‚Aussiedler‘ jedoch auf Unverständnis und ideologische Vorurteile. „Die Diskussionen über die kulturelle Differenz zwischen Ost und West könnten uns einen Weg weisen für eine künftige Auseinandersetzung mit den Problemen auf der koreanischen Halbinsel“ (ebd.), so die Hoffnungen Baes.

<sup>133</sup> Derlien 1998, S. 7.

<sup>134</sup> Vgl. ebd.; Reißig 2010, S. 21; Jesse 2011, S. 198.

<sup>135</sup> Exemplarisch für den zeitweilig stark umstrittenen Topos von der ‚nachholenden Modernisierung‘ steht Zapf (1994). Es wird vielfach unterstellt, dass in der Logik des Nachholens alles das „als ideal“ betrachtet würde, „was von oben und auf Grundlage bewährter Ordnungen nach unten durchgesetzt werden kann, wobei alles Querliegende und Persistente als retardierende Störung der ‚nachholenden Modernisierung‘ verstanden wird“ (Kollmorgen 2011a, S. 35 f.), wie an dieser Stelle Kollmorgen zusammenfasst. Differenzierte Erörterungen zum Topos finden sich bei Zapf 1994.

<sup>136</sup> Stojanov 2003, S. 61; Hervorh. v. der Verf.; Vgl. Dittrich 2005, S. 87.

<sup>137</sup> Kollmorgen 2011b, S. 301. Zum gegenteiligen Standpunkt vgl. Welzel 1997, S. 201. Welzel ist bereits gegen Ende der 1990er Jahre der Auffassung, dass die Mehrzahl der ostdeutschen Elitepositionen auch von Ostdeutschen besetzt sind.

Dass die daraus resultierende Wahrnehmung rückständig und ergo ‚Bürger zweiter Klasse‘ zu sein, bei aller Differenzierung, die hier vorgenommen werden muss, auch erfahrungsbasiert ist, zeigt sich beispielsweise in den Zielsetzungen der „Kommission zur Erforschung des sozialen und politischen Wandels“ (KSPW)<sup>138</sup>. Neben der Aufgabe, den Transformationsprozess wissenschaftlich zu begleiten, sollten „im Rahmen einer solchen Kommissionsarbeit ca. 40-50 Mitarbeiter der aufgelösten soziologischen bzw. sozialwissenschaftlichen Einrichtungen der Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW) Arbeit finden“<sup>139</sup>. Diese ‚Integrationspolitik‘ wird von Bertram zum Arbeitsende der Kommission 1996 wie folgt charakterisiert:

Obwohl die Forschungsmittel, die die KSPW insgesamt zu vergeben hatte, sehr gering waren, konnte die KSPW [...] nicht nur ökonomisches Kapital zur Verfügung stellen, sondern – was in der ersten Hälfte der 90er Jahre mindestens ebenso wichtig war – auch Reputationskapital. Projekte, die von der KSPW finanziert und betreut wurden und hinter denen in der Regel wiederum als Betreuer sehr renommierte westdeutsche Kollegen standen, dienten manchen dieser Forschungseinrichtungen durchaus als Nachweis, qualitativ gute und mit westdeutschen Forschungseinrichtungen vergleichbare Forschungs Kompetenzen entwickelt zu haben.<sup>140</sup>

In ähnlicher Weise attestiert auch Kollmorgen nicht nur der Soziologie, sondern den „gesamten Sozialwissenschaften der DDR“<sup>141</sup> sowohl quantitativ als auch qualitativ einen Professionalisierungsmangel. Neben der vergleichsweise geringen Anzahl an Soziolog/inn/en, sieht Kollmorgen Defizite vor allem „in den methodisch-theoretischen Fundierungen“<sup>142</sup> des Faches durch politisch-ideologische Eingriffe in die Forschungspraxis und die Theoriebildung<sup>143</sup>.

<sup>138</sup> Der Wissenschaftsrat, ein seit 1957 bestehendes wissenschaftspolitisches Beratungsgremium von Bund und Ländern (vgl. Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates: Wissenschaftsrat. Gründung und Geschichte Web, letzter Zugriff 14.09.2010), empfahl bereits im Jahr 1990 eine Kommission einzusetzen, die den Transformationsprozess in seiner Komplexität aufzeichnen und wenn möglich interpretieren sollte (vgl. Bertram 1997b, S. 425). 1991 nahm die „Kommission zur Erforschung des sozialen und politischen Wandels“ in Form eines Vereins organisatorische Gestalt an. Initiatoren und/oder Vorstandsmitglieder waren namhafte Sozialwissenschaftler/innen wie M. Rainer Lepsius, Max Kaase, Hans Bertram, Klaus von Beyme, Burkart Lutz, Hildegard Maria Nickel und Gisela Trommsdorff (vgl. Weingarz 2003, S. 96). Die Kommission entschied sich bewusst gegen „groß angelegte empirische Untersuchungen“ (Bertram 1997b, S. 426) und für die Finanzierung einer Vielzahl an empirischen Forschungsprojekten. In der Zeit von 1992 bis Mitte 1996 wurden von der Kommission „mehr als 70 Publikationen und Projekte geplant, durchgeführt und beendet“ (Bertram 1997a, S. 419). Die Arbeitsfelder, in denen geforscht wurde, gliederten sich nach den Themen „(1) Arbeit, Arbeitsmarkt und Betriebe, (2) soziale Ungleichheit und Sozialpolitik, (3) politisches System, (4) individuelle Entwicklung und Bildung, (5) Regionalentwicklung und (6) Arbeits- und Sozialordnung“ (Bertram 1997b, S. 429).

<sup>139</sup> Bertram 1997b, S. 425.

<sup>140</sup> Ebd., S. 427.

<sup>141</sup> Kollmorgen 1997, S. 33.

<sup>142</sup> Ebd., S. 34. Laut Kollmorgen begann die soziologische Forschung in der DDR offiziell erst Mitte der 1960er Jahre (vgl. ebd., S. 28). Noch bis 1971 konnte Soziologie nicht im Haupt-

Dass der Marxismus-Leninismus ‚theoretische‘ Grundlage für jedwede Forschungsarbeit in der DDR und damit bindend war, ist unumstritten. Jeder Versuch, eine andere Theorie anzuwenden oder zu entwickeln hätte „seine Revision“<sup>144</sup> zur Folge gehabt, wie Dölling in einer Veröffentlichung aus DDR-Zeiten schreibt. Die Soziologin hat damit die Folgen gelungener funktionaler Differenzierung auf den Punkt gebracht. Jeder Versuch, eine andere ‚Theorie‘ als die des historischen Materialismus anzuwenden oder zu entwickeln, hätte zur Überprüfung der Theorie und infolgedessen vermutlich zum Zusammenbruch der leninistisch-marxistischen Weltanschauung geführt.

Eine wissenschaftliche Arbeit musste in der DDR folglich nachweisen, dass die materielle Produktion den Ausgangspunkt allen Forschens bildet, dass allein die ökonomischen Bedingungen für die sozialen Verhältnisse bestimmend sind (vgl. dazu Kap. 3.1.2). Forschungen in eine andere Richtung hätten das System gefährdet und letztendlich destabilisiert. Analog dazu zieht Kollmorgen den Schluss, dass die Soziologie der DDR rückständig bzw. semiprofessionell war. Systemtheoretisch betrachtet, ist dieses Fazit folgerichtig. Der Kommunikationscode der Wissenschaften wurde durch den indoktrinierenden Eingriff des politischen Systems gestört, was wiederum zu theoretisch-methodischen Defiziten des Faches führte.

Aus lebensweltlicher Sicht<sup>145</sup> vermag diese Erklärung allein jedoch nicht zu überzeugen. Dass bestimmte Forschungsrichtungen in der DDR unterrepräsentiert waren und ‚revisionistische‘ Arbeiten nicht veröffentlicht werden konnten, bedeutet nicht zwangsläufig, dass Wissenschaftler/innen in der DDR rückständig, das heißt weniger theoretisch versiert waren als ihre Kolleg/inn/en aus der alten Bundesrepublik. Geißler verweist beispielsweise ganz im Gegensatz zu Kollmorgen auf eine „interessante und theoretisch anspruchsvolle“ Analyse, die „in der DDR-Soziologie entwickelt“<sup>146</sup> worden war. Und Reißig beanstandet, dass „aus den Sozialwissenschaften der früheren DDR [...] kaum weiterführende oder alternative Analyse-, Methoden- und Theoriekonzepte“<sup>147</sup> für die Transformationsforschung kamen. Angesichts der von Kollmorgen geschilderten Rückständigkeit wären die ostdeutschen Sozialwissenschaften dazu aber nicht in der Lage gewesen.

fach studiert werden. 1989 kamen laut Kollmorgen auf 3.150 Einwohner/innen der alten Bundesrepublik ein/e Soziologe/Soziologin. In der DDR war das Verhältnis hingegen 17.000 : 1 (vgl. ebd., S. 33).

<sup>143</sup> Vgl. ebd., S. 28.

<sup>144</sup> Dölling 1986, S. 46.

<sup>145</sup> Der Begriff Lebenswelt geht auf den Begründer der Phänomenologie, Edmund Husserl (1859-1938), zurück und bezeichnet „die Gesamtheit der tatsächlichen und möglichen Erfahrungshorizonte menschlichen Lebens“ (Lautmann 1995, S. 394). Bei Schütz und Luckmann wird Lebenswelt „zum soziologischen Hauptbegriff“ (ebd.). Sie ist der vorwissenschaftliche „Wirklichkeitsbereich, an der der Mensch in unausweichlicher, regelmäßiger Wiederkehr teilnimmt. Die alltägliche Lebenswelt ist die Wirklichkeitsregion, in die der Mensch eingreifen und die er verändern kann, indem er in ihr durch die Vermittlung seines Leibes wirkt. Zugleich beschränken die in diesem Bereich vorfindlichen Gegenständlichkeiten und Ereignisse, einschließlich des Handelns und der Handlungsergebnisse anderer Menschen, seine freien Handlungsmöglichkeiten“ (Schütz/Luckmann 1979, S. 25).

<sup>146</sup> Geißler 2006, S. 18.

<sup>147</sup> Reißig 2000, S. 3.